SABOTAGE

kostenlos, aber nicht umsonst!

ZEITUNG FÜR DEN AUFBAU DES AUTONOMEN ANTIFASCHISTISCHEN WIDERSTANDS IM RHEIN-MAIN-NECKAR-RAUM

10/95

LEBT UND LEST RADIKAL

MIT PROGRAMM DES AUTONOMEN ZENTRUMS HEIDELBERG

SABOTAGE

Editorial

Im großen und ganzen ist die erste gemeinsame *Sabotage* gut angekommen. Abgesehen von lobenden Worten, über die wir uns natürlich gefreut haben, gab es allerdings auch sehr viel Kritik, mit der wir uns auseinandersetzen müssen. Die mit Abstand meiste Kritik, die im übrigen keinen textlichen Ausdruck gefunden hat, haben die letzten drei Seiten zu "Der Bolzenschneider" und zu den Chaostagen in Hannover getroffen. Beide Texte seien platt, anspruchslos und somit überflüssig. Obwohl wir auch Texten und Beiträgen zu militanter Politik eine Plattform bieten wollten und auch weiterhin bieten werden, können wir die Bedenken (partiell) nachvollziehen. Wir werden uns deshalb in Zukunft vorbehalten, solche klischeestützenden Artikel nicht mehr abzudrucken.

Anhand des auf nahezu jeder Seite abgebildeten Emblems der Antifaschistischen Aktion wurde der Vorwurf der Instrumentalisierung erhoben: wir würden jede Thematik vor den "Karren" des antifaschistischen Kampfes spannen. Dazu wollen wir kurz folgendes sagen: Unser Begriff von "autonomem Antifaschismus" ist *nicht* beschränkt auf das Jagen von Straßenfaschos, auf die typische Anti-Nazi-Politik, sondern wir wollen zu einer allgemein-politisch handelnden Kraft und zu einem relevanten Faktor in gesellschaftlichen Auseinandersetzungen heranwachsen. Dazu gehört für uns ganz klar die Verknüpfung verschiedener politischer Kämpfe in einem parallelen Prozeß von Diskussion und Praxis. Abgesehen von layout-technischen Gründen war es für uns eine gute (aber sicherlich nicht die einzige) Mög-

Inhaltsverzeichnis:

geschichte des widerstandes
4 Zur Geschichite von RAF, Isolationsfolter und politischen Gefangenen (Teil 5): Guerilla, Widerstand und antiimperialistische Front - die 80er Jahre
antiimperialismus
8 Krieg dem imperialistischen Krieg
innere sicherheit
12 Big brother ist watching you - der Verfassungsschutz
antifa
16 Zum zweiten Prozeß wegen Nazi-Überfall auf türkische Snack-Bar in Eppelheim 1992
20 **programmübersicht**
antifa
22 Rückblick
politische gefangene
24 Für das Leben und die Freiheit Mumia Abu-Jamals
sonstige sabotage
27 Keine Räumung von besetzten Häusern, Zentren und Plätzen: Steffi verteidigen!
30 Uns kriegt Ihr nicht! - Zur angedrohten Räumung der Wagenburg Baba-Jaga in Darmstadt
32 Zur Erinnerung an Günter Sare
33 Es gibt nichts zu feiern! - Aufruf zur Demonstration am 03.10.95 in Düsseldorf
34 Demos & Veranstaltungen
36 Der Bolzenschneider

lichkeit, diese Verknüpfung symbolisch zum Ausdruck zu bringen.
Zum Steckbrief: Hier gab es vor allem Kritik an Sinn und Zweck der Veröffentlichung eines solchen Flugblattes in der *Sabotage*. Darüber hinaus gab es Menschen, die Probleme mit einigen Formulierungen im Steckbrief selbst hatten. Wir halten Steckbriefe nach wie vor für ein legitimes Mittel, um politische GegnerInnen öffentlichkeitswirksam zu entlarven. Das heißt aber nicht, daß wir hinter jedem persönlichen Angriff stehen, der sich in solchen Flugis wiederfindet.
An der von GenossInnen geäußerten Kritik sehen wir deutlich, daß sich mit dem, was wir machen bzw. uns vorstellen, auseinandergesetzt wird. Wir würden es begrüßen, wenn wir solidarische Kritik zukünftig auch in schriftlicher Form erhalten würden, anstatt wie bisher nur so nebenbei oder gar hinter vorgehaltener Hand.
Diesmal wollen wir auf folgende Texte hinweisen: Auch in dieser *Sabotage* wird die Serie zur Geschichte RAF, Isolationsfolter und politischen Gefangenen mit einem Text über die Guerilla, den Widerstand und die antiimperialistische Fróht in den 80er Jahren fortgesetzt. Weil das Thema des "Balkankrieges" nach wie vor aktuell ist, haben wir erneut einen Text dazu abgedruckt, der sich auf den Seiten 8 bis 11 mit der (neuen) Rolle des imperialistischen Deutschlands auseinandersetzt. Auf den Seiten 12 bis 15 beschäftigen sich Menschen aus Karlsruher Zusammenhängen mit dem Verfassungsschutz, der nach wie vor eine äußerst ernstzunehmende Gefahr für die linksradikale Szene in Deutschland darstellt. Mit dieser Ausgabe wollen wir mit einem einleitenden Text auf den Seiten 24 bis 26 eine Reihe über die Organisationen beginnen, deren Darstellung im Falle des mit brutalster Härte geführten rassistischen Justizkrieges gegen Mumia Abu-Jamal zu mehr Hintergrundinformationen beitragen kann. Desweiteren - trotz oben erwähnter Kritik - die Fortsetzung der Dokumentation des regelmäßig erscheinenden Flugblattes "Der Bolzenschneider" (S. 36 ff.)
Diese Nummer wollen wir dem Genossen Christian Klar widmen, der am 21.09.1995 aufgrund der Folgen seines Hungerstreiks ins Knastkrankenhaus Hohenasperg eingeliefert wurde.

Autonomes Redaktionskollektiv

Impressum

SABOTAGE

erscheint monatlich, Auflage 1000 St.

Redaktionsschluß ist jeweils der 20. des Vormonats!

HERAUSGEBER:

Autonomes Redaktionskollektiv

Kontakt Rhein-Main:

c/o Verein zur Förderung von Kultur, Kommunikation und Bildung
Binger Str. 10
64295 Darmstadt

Kontakt Rhein-Neckar:

c/o Autonomes Zentrum
Alte Bergheimer Str. 7a
69115 Heidelberg

Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht umbedingt die Meinung des Herausgebers wieder.

ViSdP: Kalle Blomquist

Eigentumsvorbehalt: Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitschrift solange Eigentum des Absenders, bis sie der/dem Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist. Zur-Habe-Nahme ist keine persönliche Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird die Zeitschrift der/dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender unter Angabe des Grundes der Nichtaushändigung zurückzusenden.

doch wenn wir zusammen kämpfen ...

zur Geschichte von RAF, Isolationsfolter und politischen Gefangenen (Teil 5)

Guerilla, Widerstand und antiimperialistische Front - die 80er Jahre

Was war nach '77?

Nach den Selbst"Morden" der stammheimer Gefangenen Andreas Baader, Gudrun Ensslin und Jan-Carl Raspe vom 18.10.1977 und der darauffolgenden Erschießung des Arbeitgeberpräsidenten Hanns-Martin Schleyer steigerte sich der Fahndungsdruck nach den Illegalen. Der Staat setzte nicht mehr auf die Verhaftung von Mitgliedern der RAF - Gefangene wurden nicht mehr gemacht - sondern betrieb mit der shoot-to-kill-Politik Quasihinrichtungen. Elisabeth van Dyck, Michael Knoll und Willy-Peter Stoll fielen dieser Killfahndung zum Opfer, Günther Sonnenberg und Rolf Heißler entgingen nur knapp dem Tode, als ihnen bei ihrer Verhaftung in den Kopf geschossen wurde. RAF-Verteidiger wurden mit Haftstrafen und Berufsverboten belegt. Viele stiegen aus der RAF aus und wurden in das bürgerliche Leben der DDR integriert.Bis 1981 führte die RAF mißglückte Aktionen u. a. gegen NATO-General Haig durch. Durch die Verhaftungen von Christian Klar, Heidi Schulz, Brigitte Mohnhaupt und Sieglinde Hofmann (gegen die z. Zt. in Stammheim ein auf Aussagen von den in der EX-DDR verhafteten AussteigerInnen und VerräterInnen basierenden Kronzeugenprozeß geführt wird) wurde die RAF fast vollständig zerschlagen.

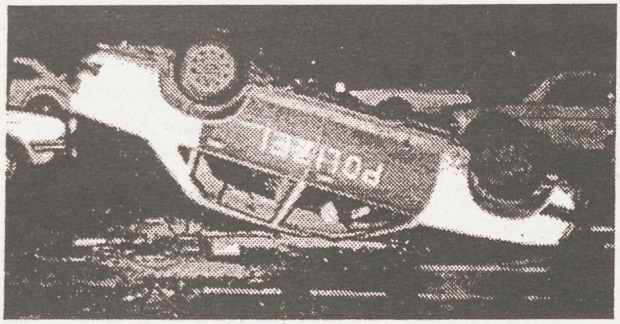
Die Situation in Westeuropa und weltweit

Die imperialistischen Staaten mit den USA an der Spitze weiteten ihre Aufstandsbekämpfungsprogramme auf allen Ebenen aus, gegen die befreiten Länder und gegen Befreiungskämpfe weltweit. Westeuropa wurde aufgerüstet und die Herrschenden hier drückten ihre imperialistischen Großprojekte wie z. B. die Startbahn 18 West und die Stationierung von Atomwaffen gegen den Willen großer Teile der in Friedensbewegungen und Anti-Atom-Bewegungen aktiven Menschen rücksichtslos durch. Die Abhängigkeit der Völker im Süden vom kapitalistischen Weltmarkt wurde immer stärker, die Lebensbedingungen überall immer schlechter und das sozialistische Staatensystem steuerte auf den wirtschaftlichen Bankrott zu. *"Der Preis, den die imperialistischen Staaten bereit waren einzusetzen, um jede unabhängige Entwicklung zu verhindern, wurde immer höher und dadurch die ganze Situation immer zugespitzter"* (Gabi Hanka und Sigrid Happe, ehem. Gefangene aus dem antiimperialistischen Widerstand, im Juni 1992). Der Gegensatz zwischen dem System und den Interessen der Menschen wurde immer deutlicher, nicht nur in der BRD, sondern weltweit.

Das Front-Konzept

"Die Front ist die Entwicklung des politischen und praktischen Zusammenhangs des Angriffs gegen die imperialistische Macht - oder sie ist nichts!"

Für viele wurde klar sichtbar, daß eine organisierte Kraft aufgebaut werden muß, die auch militärische und militante Mittel in der Hand hat. Aus den Erfahrungen der Jahre zuvor, in denen die Herrschenden ihre Pläne gegen massenhaften Widerstand durchbretterten, war das Konzept der antiimperialistischen Front die einzige und logische (weil nachvollziehbare) Konsequenz - ohne bewaffnete/militante Kämpfe gibt es eben kein Durchkommen. Der Aufbau der westeuropäischen Front, in der militärische Angriffe, koordinierte militante Projekte und politische Initiativen integrale Bestandteile waren, hatte eine zentrale Funktion in der weltweiten Auseinandersetzung, weil sie *"hier in den Zentren der Macht die Kraft aufbauen* (sollte), *die zusammen mit den weltweiten Befreiungskämpfen verhindern sollte, daß der Imperialismus es schafft, das Rad der Geschichte zurückzudrehen"* (RAF, im August 1992). Der Kern der Bestimmungen, des Gedankens vom ZUSAMMEN KÄMPFEN war, die Front in Westeuropa aufzubauen als Abschnitt und Funktion der internationalen Befreiungsfront.



Durch die enge Sichtweise von der "Einheit der Revolutionäre" und der Einschätzung, den Krieg hier auf dem Niveau der internationalen Konterrevolution führen zu können, endete die Front in einer militaristischen Sackgasse: *"In der BRD war der Blick der Kämpfenden fast ausschließlich auf die Strategie des imperialistischen Rollbacks gerischtet.*(...) *Im Verhältnis dazu waren eigene politische Vorstellungen und gemeinsam bestimmte gesellschafts-politische Ziele nur unterbelichtet vorhanden. Es war offensichtlich, daß der Widerstand es nicht gepackt hatte, ein eigenständiges und langfristiges Kampfprojekt innerhalb der Front zu entfalten, das aus der gesellschaftlichen Situation hier wie international begründet und in den unterschiedlichsten Kämpfen und Auseinandersetzungen verankert war* (aus: *Like a rolling stone ...*, basis im August 1994). Die Orientierung auf eine möglichst scharfe Wirkung von Aktionen der RAF in dieser Zeit führte fast automatisch zur militärischen Eskalation und verstellte den Blick für politische Prozesse und Möglichkeiten, wie die GenossInnen 1992 selbstkritisch den Prozeß und die Auswirkungen der Front reflektierten: *"Wir haben in der Unterschiedlichkeit der Kämpfe und ihrer Vielfalt nicht Möglichkeiten und Ideenreichtum gesehen, sondern immer nur das Trennende, anstatt in vollem Bewußtsein der Unterschiede das Verbindende zu suchen, um zusammen rauszufinden, was geht. In dieser politischen Enge und Be-*

grenzung konnte aus dem Frontgedanken keine starke politische Kraft entstehen. Unsere Wirkung kam in erster Linie aus der politische Brisanz der Angriffsziele und der Koordinierung und Schärfe der Aktionen."

Die Offensiven von '84/'85 und '86

18. Dezember 1984 - *Kommando Jan Raspe*: Ein Sprengstoffanschlag auf die Nato-Schule in Oberammergau scheitert.

25. Januar 1985 - *Kommando Elisabeth van Dyck:* Nach dem am 15. Januar von RAF und Action Directe veröffentlichten Kommunique *"Für die Einheit der Revolutionäre in Westeuropa"* wird der französische General Rene Audran erschossen. Audran war als Direktor im französischen Verteidigungsministerium zuständig für staatliche Waffenexporte.

1. Februar 1985 - *Kommando Patsy O'Hara*: Ernst Zimmermann, Vorstandsvorsitzender von MTU und Präsident des Bundesverbandes der Deutschen Luftfahrt-, Raumfahrt- und Ausrüstungsindustrie (BDLI) wird in seinem Haus in Gauting erschossen. *"Elektronische Kriegsführung, intelligente Waffensysteme, Weltraumwaffen und der zur Ausbau der konventionellen Rüstung der Nato-Armeen soll den multinationalen Kapital zugleich »Milliardenmärkte« eröffnen - wie der BDLI das sagt - und die militärische Übermacht garantieren* (aus der Kommandoerklärung der RAF).

8. August 1985 - *Kommando George Jackson*: Bei der Aktion gegen die US-Air-Base in Frankfurt sterben zwei Menschen, elf werden verletzt. Zuvor hatte die RAF einen GI erschossen, um an seine ID-Card zu gelangen. Dieser Schritt der RAF wurde von weiten Teilen der radikalen und revolutionären Linken heftig kritisiert, was auch auf dem Kongreß "Antiimperialistischer und antikapitalistischer Widerstand in Westeuropa" von 1986 eine wichtige Rolle spielte. Die RAF selbst schätzt die Erschießung des Soldaten heute als einen der größten Fehler im revolutionären Kampf der Guerilla ein. *"Die Rhein-Main-Air-Base ist eine Drehscheibe für Kriege in der 3. Welt von Westeuropa aus.(...) Zugleich soll sie »Einfallstor nach Europa« für den Krieg gegen die sozialistischen Staaten sein"* (aus der Kommandoerklärung der RAF).

9. Juli 1986 - *Kommando Mara Cagol*: Der einflußreiche Industriemanager und Atomphysiker Karl-Heinz Beckurts wird von der RAF in die Luft gesprengt. *"Beckurts ist bei Siemens eine zentrale Figur: er leitet die Forschung und technische Umsetzung in den für die Restrukturierung strategischen Bereichen, auf die Siemens sich konzentriert: -Militärelektronik(...), -perfektionierte Kontroll- und Überwachungssysteme für die Militär- und Polizeiapparate weltweit"* (aus der Kommandoerklärung der RAF).

10. Oktober 1986 - *Kommando Ingrid Schubert*: Der Abteilungsleiter im Auswärtigen Amt, Gerold von Braunmühl wird in Bonn erschossen. *"Innerhalb der »Westeuropäischen Union« erarbeitete er mit* anderen *Regierungsvertretern die sicherheitspolitischen Linien für die europäische NATO-Säule, um die die politisch-militärische Macht Westeuropas und so die der NATO insgesamt zu stärken"* (aus der Kommandoerklärung der RAF).

Die Offensive von 1986 wurde politisch nicht beendet, d.h. Ergebnisse und Erfah-

rungen wurden nicht in die nächsten Schritte einbezogen, was große Auswirkungen auf die Situation und die Krise der revolutionären Linken heute hat. *"Die Front lief aus, politisch wie organisatorisch hörte sie auf zu existieren, aber eben nicht als bewußter Akt"* (aus: *Die Niederlage der RAF ist eine Niederlage der Linken*, Kein Friede im März 1994).
Verantwortlich dafür sind aber nicht nur die GenossInnen aus der RAF, sondern auch die Widerstandslinke.

Quellenhinweise:
- Texte der RAF
- Die Niederlage der RAF ist eine Niederlage der Linken, Kein Friede
- Like a rolling stone..., basis

Zum Prozeß gegen Birgit Hogefeld

Seit Mitte November '94 wird vor dem Staatsschutzsenat OLG Frankfurt gegen die Genossin Birgit Hogefeld, Gefangene aus der RAF, wegen Beteiligung an der Aktion gegen den damaligen Delegierten der BRD für den IWF und die Weltbank und wegen Beteiligung an der Sprengung des Knastneubaus in Weiterstadt verhandelt. Weiter wird ihr vorgeworfen, das für den Sprengstoffanschlag auf die Rhein-Main-Air-Base verwendete Auto angemietet zu haben.
Die nächsten Termine sind nachstehend abgedruckt.

Donnerstag, 05.10.95	9.30 Uhr
Freitag, 06.10.95	9.30 Uhr
Montag, 06.11.95	9.30 Uhr

Gerichtskomplex Frankfurt/Main, Eingang Hammelgasse, Nähe S-Bahnstation Konstablerwache.
Für Leute mit weiter Anreise ist es sinnvoll, kurz vor den jeweiligen Terminen bei der Info-AG anzurufen:
Info-AG zum Prozeß gegen Birgit Hogefeld, Werderstr. 8, 65195 Wiesbaden, Tel.: freitags 18.00 bis 20.00 Uhr: 0611 / 44 06 64
Birgits Postadresse: Birgit Hogefeld, c/o OLG Frankfurt, 5.Strafsenat, Postfach. 60256 FFM

"Es wird hier keine relevante Gegenmacht geben, wenn wir - und damit meine ich nicht nur die RAF - uns weiterhin weigern, unsere eigene Geschichte zu begreifen. Wir brauchen für die Bestimmung zukünftiger Kämpfe nicht nur eine genaue Analyse der aktuellen Situation und Entwicklung, wir brauchen dafür auch die Erfahrungen und Erkenntnisse aus den letzten 25 Jahren."
aus der Prozeßerklärung von Birgit vom 21.6.1995, abgedruckt im regelmäßig erscheinenden Prozeß-Info.

Krieg dem imperialistischen Krieg

„Als Kriegstreiber seit den ersten Stunden des Balkan-Krieges an vorderster Front, ist Deutschland 50 Jahre nach seinem Vernichtungskrieg gegen die jugoslawischen Völker als Interventionsmacht an die Stätte seiner Kriegsverbrechen zurückgekehrt. Schneidige deutsche Jungs sollen mithelfen, die »verrückten Serben« zur Räson zu bringen und eine westlichen Vorstellungen entsprechende »Friedensordnung« auf dem Balkan herbeizubomben."
(aus: Die Tageszeitung **junge Welt**, 02. September 1995, Nr. 200, Berlin: Verlag 8. Mai GmbH, Seite 1 [„Deutschland befindet sich im Krieg"])

Nun ist es also soweit: an der Seite der NATO greift die deutsche Bundesregierung seit kurzem direkt militärisch in den Krieg in Serbo-Bosnien ein. Wir hatten ja schon in der letzten *Sabotage* einen längeren Text zur deutschen Jugoslawienpolitik veröffentlicht, der anläßlich des Antikriegstages 1995 geschrieben worden war. Nun sind wir auf der Suche nach Erklärungsmustern für die deutsch-imperiale Kriegstreiberpolitik auf einen Artikel gestoßen, der - auf der Grundlage des „Primats der Ökonomie" - jenes Fundament schlüssig herauszuarbeiten versucht, auf dem das bundesrepublikanische Interesse am „Krieg auf dem Balkan" planmäßig errichtet wurde. Aus Platzgründen mußte er leider vollständig überarbeitet und stark gekürzt werden, ohne dabei freilich an seinen Kernaussagen etwas zu ändern:

Das imperialistische Deutschland meldet sich zurück

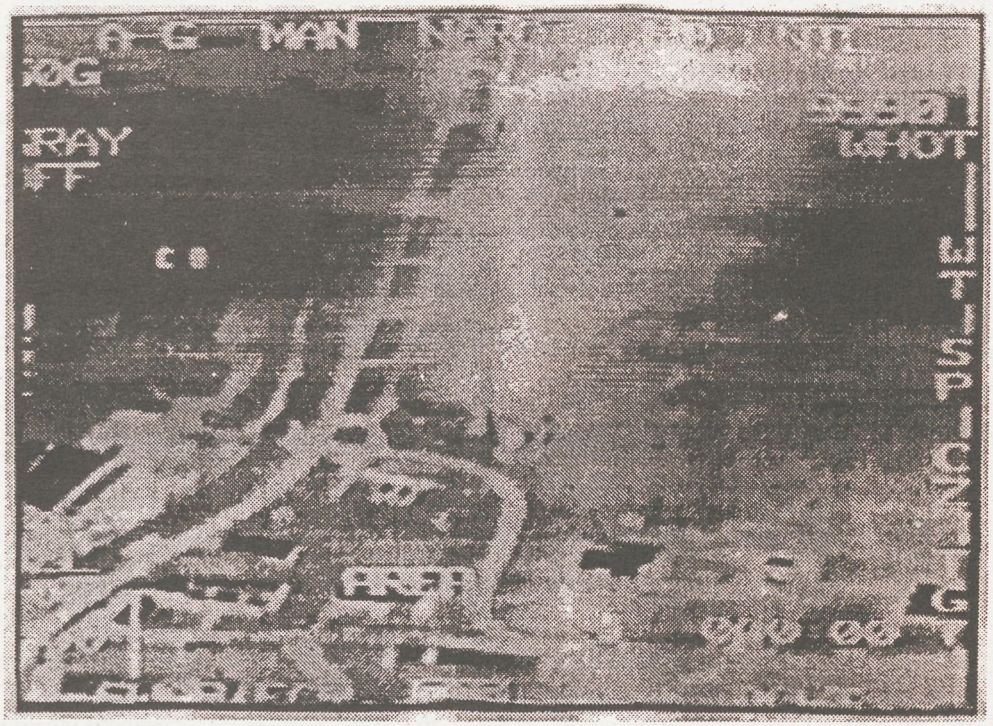
(...)

Mit der Erlangung der militärischen Souveränität am 03.10.1990 hat der deutsche Imperialismus unmittelbar an seine Südosteuropapolitik von der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts bis 1945 angeknüpft. Nach wie vor wird der Balkan als Brückenkopf zur Beherrschung der Ölquellen am Kaspischen Meer und Sicherung der Pipelines von dort über Kleinasien (...) bis zu den mitteleuropäischen Wirtschaftszentren betrachtet. Bei dieser Interessenlage des deutschen Imperialismus kristallisieren sich immer wieder die alten Bündniskonstellationen aus dem 1. Weltkrieg heraus: Auf der einen Seite die Mittelmächte Deutschland, Österreich und die Türkei zusammen mit den islamischen Minderheiten. Auf der anderen Seite die Entente aus Großbritannien, GUS, Griechenland und oft auch Frankreich. Der Unterschied ist allerdings, daß diesmal die USA auf Seiten der Mittelmächte stehen.

Die Zerschlagung Jugoslawiens

Am 23.12.1991 erfolgte die Anerkennung Kroatiens und Sloweniens allein durch die BRD, die damit in Gegensatz zu allen anderen westlichen Ländern trat, die gewarnt hatten, daß - so der damalige UN-Generalsekretär Perez de Cuellar - »eine frühzeitige, selektive und unkoordinierte Anerkennung (...) [zur] Ausweitung des gegenwärtigen Konflikts führen« würde. Dieser Alleingang Deutschlands sollte seine Rückkehr an seinen Platz als uneingeschränkte Weltmacht demonstrieren. Wesentliche Parole der deut-

schen Politik zur Durchsetzung ihrer Interessen in Ost- und Südosteuropa ist im vergangenen Jahr die vom »Selbstbestimmungsrecht der Völker« gewesen. Dabei versucht die BRD an Konflikte der EinwohnerInnen verschiedener Sprachen und Religionen anzuknüpfen, die historisch-ökonomische Ursachen haben (...).
Daß die Ökonomien Kroatiens und Sloweniens »selbstbestimmt« überhaupt nicht existieren können, hatten IWF und Weltbank schon 1991 vorausgesagt. Was die BRD von den »unabhängigen« Staaten Kroatien und Slowenien zu erwarten hat, schrieb im selben Jahr Günther Nonnenmacher in der FAZ: »Es kann als sicher gelten, daß Slowenien und Kroatien - nach errungener Selbständigkeit - politisch, wirtschaftlich und kulturell den Anschluß an (...) Deutschland suchen werden. Käme es dazu, würden sich die politischen Gewichte, die seit dem Zusammenbruch der kommunistischen Regime im östlichen Europa ohnehin verschoben sind, noch weiter vom Westen in die Mitte Europas verlagern, als deren politischen Schwerpunkt man in Paris das neue, 'große' Deutschland sieht.« (...)



*Die Fernsehbilder über die NATO-Luftangriffe könnten von Computerspielen kommen: "Chirurgische Schläge" ohne Leichen. Die Wirklichkeit sieht anders aus (Bild und -unterschrift aus: **junge Welt**, 05.09.1995)*

Teile- und Herrsche-Poltik des deutschen Imperialismus

Mit dieser Teile- und Herrsche-Politik in östlichen Einflußsphären hat die BRD die Kontinuität zum Wilhelminismus und zum Nazi-Faschismus gewahrt. Die Wirtschaftsbeziehungen mit Polen, der Tschechischen Republik, der Slowakei, Ungarn, Bulgarien und Slowenien gleichen schon heute mit unausgeglichenen Handelsbilanzen zugunsten des imperialistischen Deutschlands dem Muster der dreißiger Jahre. Das Handelsblatt beschrieb im September 1991 die wirtschaftliche Entwicklung Europas folgendermaßen: »(...) Die mitteleuropäischen Zentren werden nach Osten ausstrahlen und zuerst die ehemaligen Satellitenländer erfassen. Erst danach werden die angrenzenden Regionen des Sowjetreiches erreicht werden. Abgesehen von denkbaren eigenen Industrieschwerpunkten auf dem Gebiet der Sowjetunion werden sich um Kerneuropa konzentrische Ringe abfallender wirtschaftlicher Aktivität legen, deren Produktionsniveau aus dem Konflikt mit Europa fließen. (...)« Um diese »konzentrischen Ringe« besser beeinflussen und kontrollieren zu können, wurde unter der Parole der »Selbstbestimmung« Jugoslawien vom deutschen Imperialismus zerschlagen.

Imperialistischer Krieg benötigt Friedhofsruhe im Innern

Für die Vorbereitung [bzw. - wie sich mittlerweile ja gezeigt hat - *Realisierung*, Anm. d. T.] eines imperialistischen Krieges wird im Innern der BRD ein »nationaler Konsens« breiter Teile der Gesellschaft sowie eine harte Gangart gegen jeden Versuch, Widerstand zu leisten, benötigt. Militarisierung nach außen ist immer verbunden mit Militarisierung nach Innen. In der Frage des Einsatzes deutscher Soldaten im ehemaligen Jugoslawien wurde der »nationale Konsens« erfolgreich etabliert: Von den grünen Militaristen um Daniel Cohn-Bendit bis zu Semi-Faschisten wie CDU-Dregger herrscht Einigkeit, daß sich Deutschland seiner Verbrechen während des Nazi-Faschismus nicht mehr zu schämen

braucht, daß es wieder einen »normalen« Umgang mit der Geschichte pflegen soll. (...) Jede Antikriegsbewegung wird in Zukunft staatlicher Repression unbekannten Ausmaßes ausgesetzt sein, denn um Kriege führen zu können, wird Friedhofsruhe benötigt, und wer das nicht mitmacht, wird in Zukunft dem Gram der deutschen Volksgemeinschaft ausgesetzt sein.

(...)

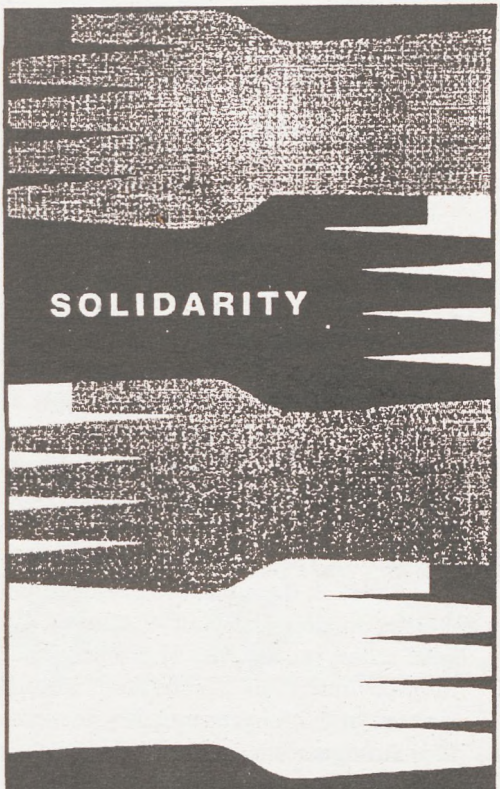
Antifaschistisches Plenum Wolfsburg, Juli 1995

Unterstützer: Antifa West Braunschweig

Den imperialistischen Plänen des deutschen Kapitals entschlossen entgegentreten!

Kampf dem deutschen Imperialismus und Militarismus!

Kein Einsatz deutscher Truppen in Jugoslawien!



Antirassistisches Antifaschistisches Notruf und Info Telefon Heidelberg

0 62 21 **29082**

Täglich von 19.00 – 7.00 Uhr

von 7.00 – 19.00 Uhr Anrufbeantworter

Copy-Corner

Merianstr. 5
direkt in der Altstadt

Öffnungszeiten:

Mo - Fr 9.00 - 18.30
Do bis 20.00
Sa 9.00 - 14.00

Tel. 2 57 00

Big Brother is watching you - der Verfassungsschutz

In letzter Zeit sind [wieder] vermehrt Anquatsch- und Anwerbe-Versuche durch den VS bekannt geworden, (...). Diese Bespitzelungsoffensive ist offensichtlich (nach Zeugenvorladungen, Hausdurchsuchungen und Inhaftierungen wegen §129/a) ein weiterer Versuch, die linksradikale Szene in Deutschland auszuforschen. (...) Dabei ist den meisten klar, daß der VS keine polizeiliche oder gerichtliche Institution ist und deswegen niemand dem VS Auskünfte erteilen muß (und soll). Aber was ist der VS dann, welche Befugnisse, welche Aufgaben hat er?

Geschichtliche Zusammenhänge / Exekutive

Die Entstehung des VS kann nicht erklärt werden, ohne die Situation in Deutschland kurz nach dem 2. Weltkrieg zu erläutern. Nachdem der Hitlerfaschismus militärisch niedergerungen war, hatten die Westalliierten kein Interesse daran, die politischen, militärischen und ökonomischen Ressourcen Westdeutschlands zu vernichten. Stattdessen sollte die spätere BRD in den Kampf gegen die UdSSR und linksrevolutionäre Bewegungen miteinbezogen werden (die deutsche Wirtschaft, wie z.B. Krupp oder Thyssen, die Hitler finanziert hatten, blieben zumindest unangetastet). So verwundert es nicht, daß die Beschränkung der Exekutive (ausführende Staatsgewalt) auf kommunal zersplitterte Länderpolizeien bereits 1950 aufgehoben wurde. In diesem Jahr entstanden mit der Bereitschaftspolizei erste paramilitärische Einheiten, zwar auf Länderebene, aber bereits mit Inspektionsrecht des Bundes. Desweiteren wurde die Wiederaufrüstung der ausführenden Staatsgewalt mit dem Aufbau des BKA, des Bundesamtes für Verfassungsschutz (später folgten zusätzlich die einzelnen Landesämter) und des Bundesgrenzschutzes, (dessen Aufgabe schon immer eher Herrschaftssicherung im Innern als Schutz der Teritorialgrenzen ist,) vorangetrieben, bis sie mit der Einführung der Bundeswehr 1956 ihren vorläufigen Endpunkt erreichte.

Entstehung des VS

Das Streben nach Möglichkeiten, die Staatsmacht der Herrschenden gegen die Bürger des Staates zu verteidigen, beinhaltete schon früh den Wunsch nach einer

geheimen, politischen Polizei. Nachdem diese im April 1948 noch abgelehnt wurde, wurde der künftigen Bundesregierung mit dem sogenannten Polizeibrief der Westalliierten vom 14.4.1949 zugestanden, "eine Stelle zur Sammlung und Verbreitung von Auskünften über umstürzlerische, gegen die Bundesregierung gerichtete Tätigkeiten" einzurichten. Diese Stelle soll "keine Polizeibefugnisse" haben. Schon damals wurde die beschönigende Bezeichnung "Verfassungsschutz" von den Verantwortlichen als "Staatsschutz", "Staatssicherheit" (damaliger Innenminister Schröder) oder "Sonderpolizei" (ehem. Vizepräsident des Bundesamtes für Verfassungsschutz) gedeutet.

Das Argument, unmittelbar nach Ende des NS-Regimes sei das Volk wegen seiner "Kollektivschuld" nicht in der Lage gewesen, seine Verfassung selbst zu schützen, ist fadenscheinig: In erster Linie war es das Kapital und damit die Herrschenden, die Hitler möglich gemacht hatten, und im übrigen haben sich die Ausgaben für Staats- und Verfassungsschutz in über 40 Jahren Demokratie stetig vergrößert, das Vertrauen in die eigenen Bürger ist also immer geringer geworden.

Der VS heute

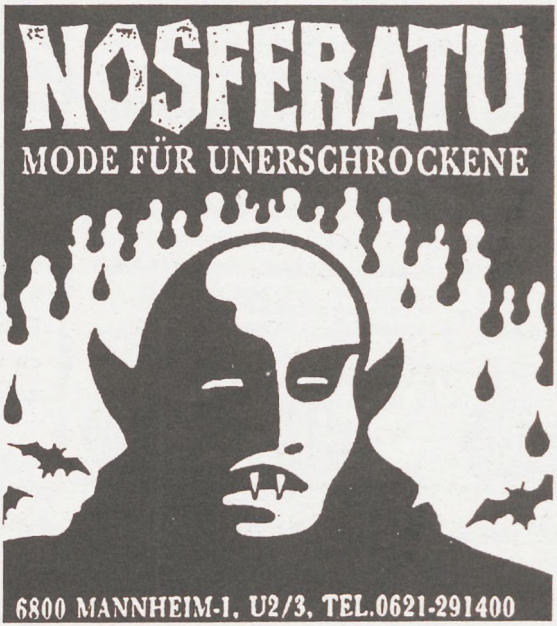
Seit seiner Entstehung wurden die Aufgaben und Befugnisse des VS ständig erweitert, hauptsächlich durch die Grundgesetzänderung 1972.

Heute sehen diese Aufgaben (offiziell) so aus:

1. Beobachtung von Bestrebungen, die gegen die freiheitlich-demokratische Grundordnung etc. gerichtet sind
2. Spionageabwehr
3. Nachrichtendienstliche Ausländerüberwachung
4. personeller und materieller Geheimschutz
5. Mitwirkung bei der Überprüfung von Personen, die sich um Einstellung in den öffentlichen Dienst bewerben (Ländergesetz)

(...)

Der VS hat (...) den Status eines Nachrichten- oder Geheimdienstes für innere Angelegenheiten und damit auch fast grenzenlose Befugnisse: Der bloße Verdacht reicht aus, um heimlich Telefone abzuhören, mit versteckten Videokameras zu filmen und zu fotografieren, Briefe und Telefaxe zu lesen, bezahlte Spitzel anzusetzen und Millionen von "Erkenntnissen" in streng geheimen Computern zu speichern. Das Gebiet der Ausländerüberwachung birgt die Möglichkeit der Zusammenarbeit mit ausländischen (totalitären) Geheimdiensten. Die mit "personellem und materiellem Geheimschutz" gemeinte Befugnis zur Überprüfung von Personen und Sicherheitsmaßnahmen (z.B. auf Anfrage eines Arbeitgebers) gibt dem VS die Möglichkeit, Entscheidungen zu manipulieren, etwa bei der Besetzung von Arbeitsplätzen (nicht nur im öffentlichen Dienst). Schließlich bedient sich der VS polizeilicher Befugnisse, von denen er ja eigentlich ausgeschlossen sein sollte, mit Hilfe der "Allzweckwaffe" Amtshilfe: Unter Berufung auf Artikel 35 (GG), wonach sich alle Behörden des Bundes und der Länder gegenseitig Amtshilfe leisten, ist praktisch jede Zusammenarbeit zwischen Polizei, BGS, BND und VS (in besonderen Fällen sogar Bundeswehr) möglich.



Fazit

Allein unter Ausschöpfung seiner Möglichkeiten zeichnen den VS, den es als Bundesverfassungsschutz und VS der verschiedenen Länder gibt, nahezu unbegrenzte Befugnisse aus. Diese ermöglichenes ihm, nicht nur Jeden und Jede "passiv" auszuspitzeln, er kann (durch Amtshilfe) auch polizeiliche Exekutivmaßnahmen einsetzen (z. B. zur Ausweisung "verdächtiger" Ausländer). Desweiteren ist bekannt, daß der VS auch mit dem BGS, dem BND und der CIA zusammenarbeitet. Damit verstehen sich unsere sogenannten VerfassungsschützerInnen schon seit Mitte der 60er Jahre als (Sonder-

★polito
★rapido

Aktuelle politische Termine in HD

zu erfahren
unter
Tel. 1 08 93
mitzuteilen
an
Tel. 1 28 61

oder an Friedensladen, Schillerstr.28, 69115 HD

)Polizei, doch in Wirklichkeit ist der VS nichts anderes als die westliche Ausgabe der Stasi.

Zum Schluß zwei Beispiele, die einiges aussagen über Arbeitsweise und Ziele des Verfassungsschutz:

In Celle sprengten VS-ler ein Loch in den dortigen Knast, wobei unklar ist, ob sie damit einem ihrer Spitzel eine Legende verschaffen oder den Anschlag einfach anderen Leuten in die Schuhe schieben wollten.

Bernd Schmitt, V-Mann des nordrhein-westfälischen Verfassungsschutzes, baute in Solingen die Kampfsportgruppe DHKKV auf, die sich auch als Saalschutztruppe für zahlreiche neofaschistische Gruppen einen Namen machte. Mit dem "Deutschen Hochleistungs Kampfkunstverband" betrieb Schmitt den Aufbau eines Sammelbeckens für Rechtsextremisten aller Gattungen. Drei der Vier Täter des Brandanschlages in Solingen 1993 (5 türkische Frauen und Mädchen starben) haben in Schmitts DHKKV trainiert und sind dort in den Dunstkreis neofaschistischer Gruppen gekommen.

Der Verfassungsschutz ist also nichts anderes als ein staatseigener Überwachungsapparat (big brother), denn: Geschützt werden soll nicht die Verfassung aller Bürger, sondern die Macht des Staates gegen die Freiheit von jeder/ jedem Einzelnen.

Deshalb: Keine Aussagen bei Bullen, Justiz und Verfassungsschutz!

(leicht gekürzt) aus: **TERMINATOR** - Programmzeitschrift für Haifisch- und SteffifreundInnen, Karlsruhe: Stephanienstraße 60-64, September 1995

(Betroffene) Menschen aus Heidelberg können sich an die Anti-Repressionsgruppe der Autonomen Antifa wenden: A.R.G.h., c/o Infoladen Moskito, Alte Bergheimerstraße 7a, 69115 Heidelberg, Tel. (Mi. 20-21.00 Uhr; Do. 19-22.00 Uhr): 06221 / 181200

Nazi-Überfall auf türkische Snack-Bar in Eppelheim
Zweiter Prozess gegen Neonazis im November 95 in Heidelberg

Im November beginnt der zweite Teil der Prozesse gegen eine Neonazi-Gruppe aus der Rhein/Neckar-Region wegen eines bewaffneten Überfalls auf eine türkische Snack-Bar im Heidelberger Stadtteil Eppelheim. Im **Februar** 1992 hatten sich im „*Habereckl-Stübchen*" in der Eppelheimer Hauptstraße mehrfach Faschisten getroffen. Dem Überfall ging ein Treffen von ca. 30 Nazis voraus, bei dem der Saalschutz für eine Propaganda-Veranstaltung des (damaligen) **NPD**-Bundesvorsiztenden *Günter Deckert* in Dresden organisiert werden sollte.

Nachdem ein Teilnehmer dieser „Sitzung" in der nahegelegenen Snack-Bar einen Streit begonnen hatte, in dessen Verlauf er Hausverbot erhielt,und hinaus befördert worden war, wurde aus dem „*Habereckl-Stübchen*" Verstärkung geholt. Die Snack-Bar wurde von den Faschos gestürmt, es entstand eine wilde Schlägerei, bei der mehrere Faschos verletzt wurden, die gesamte Einrichtung der Snack-Bar wurde demoliert.

Von der alarmierten Polizei wurden die Faschos, teilweise unter den Kneipentischen der Snack-Bar versteckt, teilweise im „*Habereckl-Stübchen*", verhaftet, die Liste der Verhafteten liest sich wie das „who is who" der regionalen millitanten Nazi-Szene. Festgenommen wurden u.a.: *Thomas Mezullo, Eric Rössler, Martin Stonzig, Uwe-Joachim Herker, Ralf Hermann, Manfred Huck, Markus Itzikowski, Detlef Bender, Dirk und Marc Kinzinger* sowie *Sascha Polanek, außerdem Michael Grammer, Karl Richard Broch, Jürgen Bock, Mike Schegenauer* und *Ralf Hutzel* sowie *Dirk Horst Reichel*. Bei der anschließenden Durchsuchung wurden bei den Angeklagten Gaspistolen, Eisenstangen, Messer und CS-Gas Sprays sichergestellt.

Ab 1992 bis etwa Ende 1993 kam es in den Ortschaften Eppelheim und Plankstadt mehrfach zu Angriffen von Neonazis auf Flüchtlingsheime und AusländerInnen. Höhepunkt war der Überfall von ca. 80 Faschos auf eine türkische Hochzeitsfeier in Plankstadt.

Faschos nach dem Angriff in Plankstadt

An diesem Abend spielte in der ca 500 Meter entfernten Kneipe „*Bierkiste*" die Nazi-Band **Tonstörung**. Das „*Habereckl-Stübchen*" und

die nach einem Buttersäure Anschlag geschlossene „*Bierkiste*" dienten als Treff- und Ausgangspunkte für faschistische Aktivitäten.

Sowohl, die nun wegen des Überfalls auf die Snack-Bar Angeklagten, als auch die anderen Beteiligten, standen der von *Huck* im Mai 92 gegründeten **ANK (Aktionsfront Nationaler Kameraden)** nahe, bzw waren Mitglieder. Unter den Angreifern finden sich außerdem Mitglieder der **NPD**, deren Jugendorganisation **JN (Junge Nationaldemokraten)**, der im Raum Sinsheim auftretenden **„Nordischen Jugend"** und „Wehrsportler"der Wehrsportgruppe **„Wehrwolf 21"** um *Bender*. Er ist seit seinem zwölften Lebensjahr „praktizierender Neonazi", vorbestraft u. a. wegen Hehlerei,

Sichergstelltes Material u.a. elf Gewehre, fünf Pistolen, zwei Panzerfausthüllen sowie jede Menge Munition

Landfriedensbruch, Verwendung verfassungsfeindlicher Symbole. Am 20.04.1989 wurde er an der Grenze zu Österreich gestoppt, er war auf dem Weg zu „Führers" Geburtsort Braunau, im Reisegepäck fanden sich Waffen und Gestapo-Material. Am 03.05.1995 wurde *Benders* Wohnung erneut durchsucht, diesmal ging es um einen Vertrieb von Waffen und NS-Propaganda, im Rhein/Neckar Raum wurden insgesamt sieben Durchsuchungen durchgeführt.(Bildunterschrift: Sichergstelltes Material u.a. elf Gewehre,fünf Pistolen, zwei Panzerfausthüllen sowie jede Menge Munition).

Die **ANK** um *Huck* übernahm teilweise Mitglieder der am 8. Dezember 1992 verbotenen **DA (Deutsche Alternative)**, gegen *M. Huck, C. Hehl, M.Grüner* und *Rene-Rodriguez Teufer* (alle **ANK**) läuft seit dem 29.September '95 ein Prozess wegen Fortführung einer verbotenen Organisation vor dem Landgericht Koblenz. Zu den Mitangeklagten gehören *M. Petri* (Bundesvorsitzender der **Deutschen Nationalisten**), *Sascha Cenaro Chaves-Ramos* (ehem. Betreiber des **Nationalen Infotelefons** Mainz), das *Ehepaar Müller* aus Mainz-Gonsenheim (dort fanden die „Parteitage" der **DN** statt), *Andreas Orf* aus Wiesbaden (**DN** Landesschatzmeister Hessen), *Mike Ostwald* aus Mainz, sowie die Wormser *Reinhard Hofnagel* und *Rüdiger Werner* (Anmelder für das „Nationale Grillfest" 93, das später auf dem *Weingut Finger* unter Polizeischutz stattfand). Ebenfalls angeklagt ist *Frank Hübner* (ehemaliger Bundesvorsitzender der **DA**), er arbeitet inzwischen bei der **„Berlin Brandenburger Zeitung"**, die von der rechtextremen Sammlungsgruppe **„Die Nationalen e. V."** herausgegeben wird. Im Nazi-Computernetz-

werk **Thule** wird für den Koblenzer Prozess mobilisiert. Im Kreis der Angeklagten sind mehrer Teilnehmer und Organisatoren des Rudolf-Hess Gedenkmarsches 95, im niedersächsischen Schneverdingen.

Doch zurück zu den Geschehnissen im Rhein-Neckar Raum, die Faschisten setzten ihre Aktivitäten fort, der hier angeklagte *Uwe Herker* aus Schriesheim, Spitzname Honecker, versuchte sich der drohenden Festnahme zu entziehen, indem er als Söldner nach Kroatien ging. Zuvor war er bei einer Auseinandersetzung am Schriesheimer OEG-Bahnhof schwer verletzt worden (siehe hierzu das Flugblatt der ANK auf der nächsten Seite - Mitglieder der unterzeichnenden Gruppen waren an dem Überfall auf die Snack-Bar beteiligt). Aktivisten der **ANK** bildeten den Ordnungsdienst bei dem Aufmarsch in Fulda, *Huck* war unter dem Decknamen „*Eichhörnchen*" an der konspirativen Vorbereitung beteiligt. *Hehls* Friesenheimer Sozialwohnung diente als „Parteizentrale", erst durch Antifaschistischen Protest kam es zur angeblichen Kündigung der Wohnung. In der Folgezeit betätigten sich **ANK'ler** mit der Sammlung von Informationen über den"politischen Gegner", das Postfach der **Anti-Antifa Rhein/Neckar** gehörte *Huck*.

Von diesem Personenkreis wurde Anfang 94 der „**FAP-Freundeskreis Rhein/Neckar**" gegründet (die **FAP** stand kurz vor dem Verbot), Kontaktadresse war ebenfalls *Hucks* Postfach.

Hehl saß zwischenzeitlich im Knast, nachdem er bei einer Bullen-Razzia gegen das Gründungstreffen der „**Stuttgarter Kameradschaft**" am 5.11.94 in S-Weilimdorf festgenommen worden war. Mehrere Faschisten aus der Rhein-Neckar Region (MA, LU, HD) waren anwesend, unter anderem Mitglieder der Heidelberger „**Europa Burschenschaft Arminia zu Zürich zu Heidelberg**", einem NS-Fan-Club.

Hehl wurde während seiner Haftzeit durch die **HNG** und **IHV** (Hilfsorganisationen für „Nationale") betreut, nach seiner Haftentlassung im Sommer 95 hat *Hehl* seine Aktivitäten unvermindert fortgesetzt.

In Mannheim-Feudenheim gefundener Aufkleber

In der ersten Prozess-Runde im Februar 95 wurde gegen *Mezullo, M, Kinzinger, Hermann, Itzikowski* und *Grammer* verhandelt (Ergebniss: Geldstrafen & Arbeitsstunden), in der kommenden Runde geht es erneut gegen die „Drahtzieher" rechtsextremer Umtriebe. Schon bei dem ersten Teil des Prozesses, kam es zu versuchten Angriffen und Handgreiflichkeiten gegen Antifas, eine antifaschistische Stimmung konnte nicht hergestellt werden. Die Faschos konnten sich nahezu frei im Greichtsgebäude und davor bewegen.

Angesichts des ungebremsten Aktionismus der Angeklagten sollte der 2. Teil des Prozesse eine angemessene kritische Öffentlichkeit erhalten.

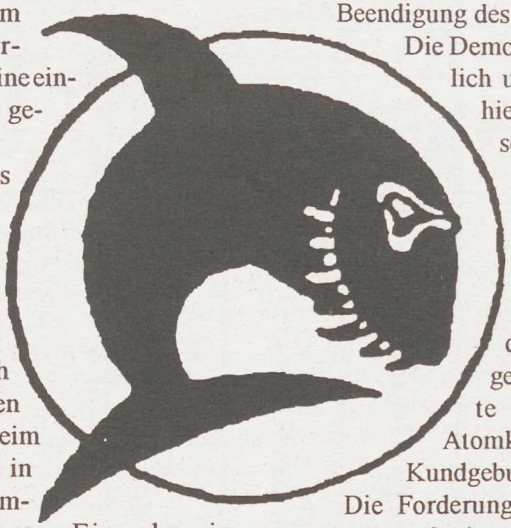
Im Rahmen des Antifa-Cafes der Autonomen Antifa HD findet am 22.10.95 um 19.30 Uhr eine Info-Veranstaltung zu den bevorstehenden Prozessen statt.

	20.00 Inhaltliches Plenum (P		
9 Mo	**Frauen- und Lesbentag**	26 Do	20.00 Vokü und Kneipe der **Wagenburg**
10 Di	19.00 **ATA**-Treffen 20.00 Vegane Vokü	27 Fr	20.30 Konzert mit **KURORT** und **THOSE WHO SURVIVED THE PLAGUE**
11 Mi	20.00 **Singen für den Widerstand** Der AZ-Chor	28 Sa	21.00 Disco vom **VEB Laut & Lästig** (Kann auch sein, daß es ne Mitternachts-disco ist!)
12 Do	20.00 Vokü und Kneipe der **Wagenburg**	29 So	18.00 **Antifa-Café** mit Infoveranstaltung: 19.30 **Die Geschichte der Unterdrückung und des Widerstandes im Baskenland**
13 Fr	21.00 Disco der **Manischen Weststadt**	30 Mo	**Frauen- und Lesbentag**
14 Sa		31 Di	20.00 Vokü und Kneipe der **Bands**
15 So	18.00 **Antifa-Café**	**Vokü = Essen zum Selbstkostenpreis: 2 - 3 DM** **Dienstag, 20.00 - 22.00 Infoladen offen** **ab 21.00 Kultgruppe** **Donnerstag, 20.00 - 22.00 Infoladen offen (14-tägig)** **Sonntag, ab 18.00 Infoladen offen** **Alle Veranstaltungen sind Veranstaltungen des Vereins Gegendruck**	
16 Mo	**Frauen- und Lesbentag**		
17 Di	19.00 **ATA**-Treffen 20.00 Vegane Vokü und Drogen-Info-Treff von **Cannabis Legal!**		

Rückblick

16.8.: Brandanschlag auf Flüchtlingsheim in Mannheim Schönau

In der Nacht vom 15. auf den 16. August wurde ein Brandanschlag auf das Flüchtlingsheim in Mannheim Schönau verübt.
Laut der regionalen Presse wurde ein Brandsatz über die Umzäunung geworfen, der zum Glück rechtzeitig vom privaten Sicherheitsdienst entdeckt und gelöscht wurde. Menschen wurden bei dem Anschlag nicht verletzt. Zeugen sollen eine einzelne Person fliehen gesehen haben.
Bereits 1992 kam es vor dem Flüchtlingsheim zu pogromartigen Ausschreitungen, die sich über mehrere Tage hinzogen. Selbst nach solch massiven Übergriffen ist die Stadt Mannheim offensichtlich nicht in der Lage mit der Fremdenfeindlichkeit ihrer Einwohnerinnen und Einwohner besser umzugehen, als die Opfer zu bestrafen, indem sie eingezäunt und von privaten Sicherheitsdiensten be(über?)wacht werden.



2.9.: Demonstration zum Anti-Kriegstag in Heidelberg

Die Demonstration wurde von einem breiten Bündnis (u. a. :Freie ArbeiterInnen Union, Arbeitskreis antiimperialistische Solidarität, MLPD, AG Junge GenossInnen der PDS, Roter Splitter) getragen. Die Route führte vorbei am SPD Büro (Redebeitrag zur Beteiligung der SPD an der deutschen Kriegslanung dieses Jahrhunderts) weiter zum RNZ Gebäude und zum CDU Büro (Redebeiträge zur Kriegshetze der Presse und die Rolle der CDU als Kriegstreiber an der Macht).
Die Abschlußkundgebung fand auf dem Bismarckplatz statt: Perspektiven zu Jugoslawien - die Vorstellungen der Linken zur Beendigung des Krieges.
Die Demonstration verlief friedlich und die Uniformierten hielten sich gnädigerweise zurück.

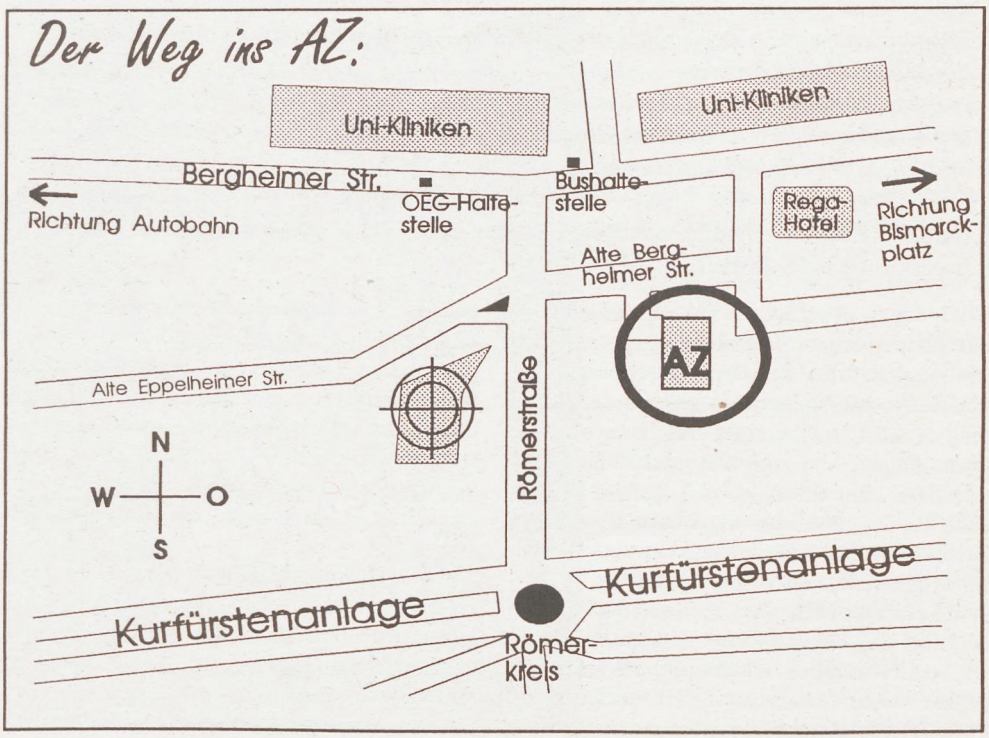
2.9.: Kundgebung vor dem Atomkraftwerk Biblis

Im Rahmen der Widerstandsbewegung gegen die Castor-Transporte organisierten Anti-Atomkraft Initiativen eine Kundgebung vor dem AKW.
Die Forderungen der Redebeiträge waren die sofortige Stillegung des Kraftwerks, in dem es im Dezember 1987 fast zu einem Supergau gekommen wäre, und ein Verzicht auf die anstehenden Castor-Transporte nach Gorleben. Um sich vor Ort noch einmal über die dafür notwendigen Transportwege zu machen, zogen im Anschluß an die Kundgebung TeilnehmerInnen über die Gleise zum Bahnhof in Biblis, wo es eine weitere Kundgebung gab.

9.9: Festival für den Erhalt der Wagenburg Baba-Jaga in Darmstadt
Näheres dazu entnehmt bitte dem ausführlichen Bericht aus Darmstadt (siehe Seite 30).

16.9.: Demonstration in Heidelberg gegen die Atomtests Frankreichs im Südpazifik
Die friedliche Demonstration wurde von einem friedlichen, überwiegend bürgerlichen Spektrum getragen. Die Route ging vom Bismarckplatz bis zum Kornmarkt mit dortiger friedlicher Abschlußkundgebung. In den Redebeiträgen wurde friedlich Kritik an Chirac und den Atomtests geübt. In diesem Zusammenhang wurden auch Kohl und Kinkel und deren mangelhaften Reaktionen stark, aber friedlich kritisiert.
Die friedliche Demonstration kam in den Genuß einer ebenso friedlichen Polizei.

16.9.: Demonstration für den Erhalt des besetzten Hauses in der Staphanienstraße 60 - 64 in Karlsruhe
Näheres dazu entnehmt bitte dem ausführlichen Text (siehe Seite 27).



politische gefangene

Für das Leben und die Freiheit Mumia Abu-Jamals

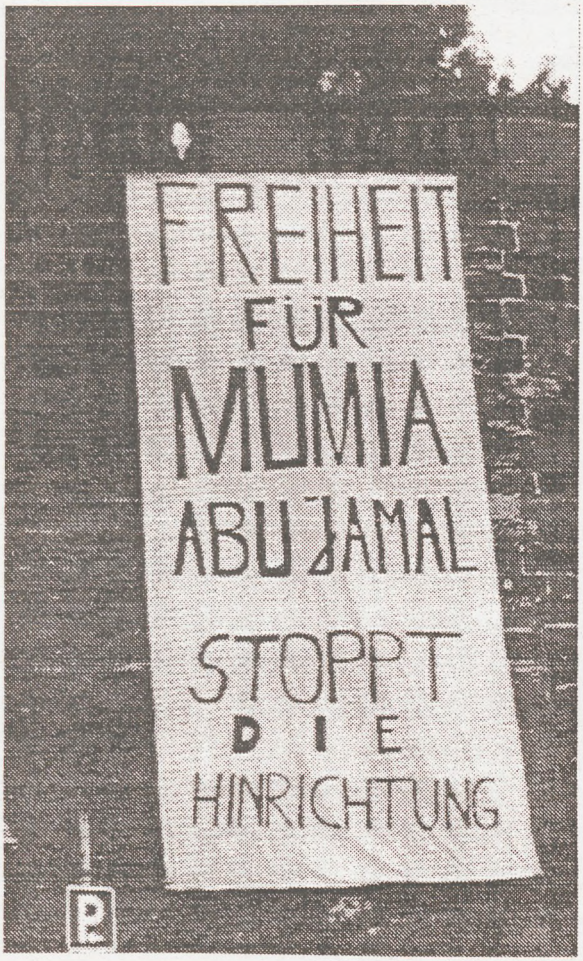
„... es ist richtig zu rebellieren. Und ich werde weiterhin Widerstand leisten."
(Mumia Abu-Jamal)

„Die Todesstrafe ist die letzte Konsequenz staatlicher Macht und ist als solche als unmenschlich zu bekämpfen. Sie soll die Bevölkerung einschüchtern und brutalisieren. Wenn die Todesstrafe einem Zweck dient, dann dem, daß der Staat entscheidet, wer lebt und wer stirbt - also welche Menschen überflüssig sind. In den USA, wo Rassendiskriminierung zum Alltag gehört, sind dies in erster Linie die Leben nicht-weißer Menschen, was letztlich auf staatlich legalisiertes Lynchen hinausläuft. Die Todesstrafe stellt nicht, wie es das Wort besagt, eine «Strafe» dar, sondern die endgültige Auslöschung eines Menschen. Durch diese staatlich legalisierte Vernichtung eines Menschen wird eine Distanz und Abstraktion erzeugt, die die Öffentlichkeit glauben machen sollen, das «Schlechte», die «Ursache des Elends» sei nun rechtmäßig beseitigt und niemand müsse dafür die moralische Verantwortung tragen. Es ist auch die Haltung einer politischen Führung, die nach «Sündenböcken» sucht, anstatt sich in verantwortungsvoller Weise der tatsächlichen Probleme anzunehmen und deren Wurzeln zu erkennen. Es ist die gleiche Haltung derer, die jederzeit, an jedem Ort der Welt, bereit sind, für den organisierten Mord in Uniform Orden zu verleihen. Die Todesstrafe ist die krasseste und offenste Form des staatlichen Gewaltmonopols."
(aus: *„Free Mumia Abu-Jamal! - Stoppt das legale Lynchen!"*, in: Antifa Jugendfront (Hrsg.), **Frente** - Antifaschistisches Jugendinfo, Nr. 6 Sommerausgabe, Leipzig: Eigendruck im Selbstverlag, 1995, Seiten 23/24)

Wir hatten ja in der letzten *Sabotage* einen Text der Heidelberger Unterstützungsgruppe für Mumia Abu Jamal veröffentlicht, der mit einer Grußbotschaft Mumias beendet wurde. Darin ging es neben der Auseinandersetzung mit den Bedingungen, die zum überraschenden Aufschub des Hinrichtungstermins geführt hatten, auch darum, über die allgemeine Forderung nach weltweiter Abschaffung der als rassistisches Mittel der Ausmerze eingesetzten Todesstrafe den Kampf für das Leben und die Freiheit Mumias mit ungeminderter Intensität fortzusetzen. Erst kürzlich ist nämlich die Wiederaufnahme seines Verfahrens von einem Gericht in Philadelphia abgelehnt worden, weil das vorgelegte Beweismaterial der Verteidigung anscheinend in keinem einzigen Fall stichhaltig gewesen sei. Daraufhin haben die Verteidiger Mumias angekündigt, zunächst beim Obersten Gericht des Staates Pennsylvania Berufung einzulegen und dann im Falle einer Abweisung vor irgendein Bundesgericht zu ziehen. Das Berufungsverfahren kann sich über Jahre hinziehen ...

Vor fast einem Monat hat der in diesem Fall zuständige rassistische Richter Albert F. Sabo Mumia jedenfalls „gnädigerweise" erlaubt, sich von zwei VertreterInnen der Presse besuchen zu lassen. Überraschenderweise hat sich Mumia - neben dem *Pacific Radio Network*-Ver-

treter Sally O'Brian - für die *junge Welt*-Mitarbeiterin Heike Kleffner entschieden. „Das Gespräch, für das 45 Minuten Zeit blieb und durch ein winziges Sprechloch in der Sicherheitsglasscheibe geführt werden mußte, fand am 10. August im Sheriff Department des Gerichtsgebäudes von Philadelphia statt." Es wurde am Mittwoch, dem 6. September in voller Länge in der 203. Ausgabe der *jungen Welt* abgedruckt. In diesem äußerst interessanten Interview geht Mumia, der auch Fragen nach seinem persönlichen Wohlempfinden, ungebrochenen Lebensmut oder familiären Umfeld ausführlich beantwortet, noch einmal auf mehrere Themenkomplexe ein, die zum Verständnis des gegen ihn geführten Justizkrieges beitragen. Ein Krieg, der in einem Staat geführt wird, „der rassistische Einstellungen in der Bevölkerung für sich nutzt und fördert, der Rassismus in Form von Gesetzen legalisiert [und für den rassistsiche Übergriffe von Polizisten] keine vereinzelten Ausrutscher, sondern Mittel und Folge der herrschenden Politik [sind]." (aus: „*Keine Hinrichtung von Mumia Abu-Jamal - Stoppt den rassistischen Mord*", in: **AN**tifaschistische **NA**chrichten Saar, Nr.24, Juli/August, Saarbrücken: 1995, Seite 7 [Rubrik *Politische Gefangene*])



Deshalb spielen auch für Mumia, der am 9. Dezember 1981 nach einer von den „Ordnungshütern" provozierten Auseinandersetzung lebensgefährlich verletzt und dann unter dem konstruierten Vorwurf des Polizistenmordes verhaftet worden war, vor allem Rassismus und politische Überzeugungen eine wichtige Rolle. Um das zu veranschaulichen, nennt Mumia zwei von Weißen dominierte Gruppierungen, deren Mitglieder in Mordverfahren „Todesstrafen-Immunität" zu besitzen scheinen: zum einen die in allen US-Gefängnissen vertretene neofaschistische Gefangenenorganisation „Aryan Brotherhood" und zum anderen eine größere Satanskult-Sekte: „In zwei Fällen, in denen ein Mitglied der «Arischen Bruderschaft» und ein Anhänger eines Satanskultes gegen die Verhängung der Todesstrafe in einem Mordverfahren vor dem US Supreme Court in Berufung gegangen sind, hat das Supreme Court ihr Strafmaß reduziert und die Entscheidung der unteren Instanzen aufgehoben." Im Gegensatz zu Mumias

Fall wurde in diesen Fällen immer versucht, die Mitgliedschaften in diesen Organisationen unter Berufung auf das verfassungsmäßig garantierte Recht auf freie Meinungsäußerung und Vereinsfreiheit nicht zu entscheidungsbeeinflussenden Faktoren werden zu lassen. „(...) die Staatsanwaltschaft [hat] meine Mitgliedschaft in der Black Panther Party (BPP) dazu benutzt (...), um die Geschworenen von der Notwendigkeit der Todesstrafe gegen mich zu überzeugen."

Mumia wurde seit seinem 15. Lebensjahr, als er sich zur BPP-Mitgliedschaft entschlossen hatte, vom FBI überwacht. „FBI-Agenten sind mir überall hin gefolgt, haben mit Informanten aus meinem Umfeld geredet, meine Telefongespräche abgehört und meine Post überwacht. Die Überwachung begann Ende der sechziger Jahre und setzte sich in den Siebzigern fort. (...) dieser Staat [kann] offensichtlich niemanden ertragen (...), der seiner Version der Realität widerspricht. Widerstand gegen das herrschende System ist unerwünscht." Die FBI-Dokumente, an die seine Rechtsanwälte vor kurzem herangekommen sind, enthüllen auch, daß ihm - der Inkarnation der „Gefahr für die nationale Sicherheit" - schon früher Morde (an Polizisten) und bewaffnete Raubüberfälle angehängt werden sollten. „«Der Angeklagte plante schon damals, einen Polizisten zu töten», behauptete der Staatsanawalt, indem er sich auf Bemerkungen bezog, die ich ungefähr 10, 11 Jahre vor dem Prozeß als Mitglied der Black Panthers gemacht hatte. Welche Bemerkungen waren das? Gefährliche, bedrohliche Sätze wie «Alle Macht dem Volk»; bedrohlich für ein Volk, das entschlossen ist, den Menschen grundlegende Macht zu verweigern. Und «Politische Macht wächst aus den Gewehrläufen» - welche Argumente kann eine Nation gegen dieses Sprichwort vorbringen, die die Native Americans mit dem 45er Colt vernichtet und die Massaker in Wounded Knee verursacht hat. Diese Bemerkungen wurden dazu benutzt, die Todesstrafe zu produzieren." (Mumia Abu-Jamals Kommentar zum staatsanwaltschaftlichen Plädoyer, das zum Todesurteil gegen ihn geführt hat)

Um also die gegen Mumia seit Jahren durchgezogene juristische Härte nachvollziehen, um begreifen zu können, warum gerade *er* - *„The Voice of the Voiceless"* - zum Ziel derart massiver staatlicher Repressionen geworden ist, ist es wichtig, sich eben mit jenen zwei Organisationen auseinanderzusetzen, die Abu-Jamal für die staatlichen Organe repräsentiert: MOVE und BPP. Zu diesem Zweck haben wir uns um Hintergrundinformationen zu diesen Organisationen bemüht, die den Haß des US-Imperiums auf Mumia als Stellvertreter schwarzer Befreiungsbewegungen begreiflicher machen. Sie werden aus Platzgründen in den nächsten Sabotage-Ausgaben vorgestellt werden.

Das Autonome Redaktionskollektiv

Keine Räumung von besetzten Häusern, Zentren und Plätzen: Steffi verteidigen!

Seit fast 5 Jahren gibt es die 'Steffi', die ehemals besetzten Häuser in der Stephanienstraße 60-64 in Karlsruhe. Die ehemalige Fabrik wurde 1990 besetzt. Im Besitz des „Evangelische[n] Verein[s] für Stadtmission" hatte sie 12 Jahre leergestanden und war völlig heruntergekommen. Nach der Besetzung wurde ein Nutzungsvertrag durchgesetzt, der 1992 von der „Stadtmission" unter fadenscheinigen Begründungen gekündigt wurde. Das Ganze ging dann vor Gericht und endete mit einem Vergleich, der besagt, daß wir 6 Wochen nach Genehmigung des Bauantrags die Häuser räumen müssen. Mit dieser Situation müssen wir in nächster Zukunft rechnen, da die Stadtmission hier ein Altenheim bauen will. Ende Juni dieses Jahres flatterte Post von der Stadtverwaltung ins Haus. Bürgermeister Vöhringer, zuständig für Soziales und Jugend, lud uns zu einem Gespräch ein, um über Ersatzwohnraum zu verhandeln. Notwendig sei dies, weil die Planungsarbeiten der „Stadtmission" schon sehr weit fortgeschritten seien und wir im Spätjahr mit der Aufgabe der Räume, also einer Räumung, rechnen müßten.

Das hat uns natürlich aufhorchen lassen, aber nach einigem hin und her war für uns alle klar: Es gibt nichts zu verhandeln - das Haus gehört uns!

Abgesehen davon, daß in dem Schreiben nirgendwo auf konkrete Fakten Bezug genommen wird, wie zum Beispiel auf einen tatsächlich gestellten Bauantrag, oder inwieweit Planungen fortgeschritten sind etc., gibt es für uns viel gewichtigere Gründe, nicht einfach das Feld zu räumen. Was wir hier in den letzten 5 Jahren geschaffen haben, können

und wollen wir nicht aufgeben. Aus einer nutzlosen Ruine haben wir mit eigener Arbeit, Energie und Kohle einen Freiraum geschaffen, für den es sich zu kämpfen lohnt. Neben Wohnraum für ca. 50 Menschen gibt es Werkstätten, ein Café, die Haifischbar mit Konzertraum und Proberäume. Hunderte von BesucherInnen jeden Monat, sei es in der Haifischbar, im Filmcafé, der Vokü, beim Frühstücksbuffet, oder seien es die unzähligen BesucherInnen der vielen Konzerte, die hier in den letzten Jahren gelaufen sind - die Steffi wird von vielen als selbsverwaltetes Zentrum anerkannt und genutzt. Es gibt hier das Antifa-Café, eine Projektwerkstatt und generell die Möglichkeit für Gruppen, sich hier zu treffen oder Veranstaltungen zu machen. Hierfür wird die Steffi genauso genutzt, wie auch als Anlaufpunkt für Demos und Kundgebungen.

Altenheim statt Steffi?

Daß es hier nicht nur um ein Altenheim geht, das problemlos auch woanders gebaut werden könnte, sondern darum, daß die Steffi in erster Linie ein politisches Problem für die Stadt darstellt, liegt auf der Hand. Trotz all der Unzulänglichkeiten haben wir gezeigt, daß es grundsätzlich möglich ist, unser Zusammenleben selbst zu organisieren und sich Räume für unkommerzielle kulturelle und selbstbestimmte politische Aktivitäten zu nehmen - ohne HausbesitzerInnen, SozialarbeiterInnen oder Chefs. Der Stadt kann es nur um die Zerstörung dieses Zusammenhangs gehen; entweder dadurch, daß wir in einem entlegenen Ersatzgebäude aus dem Stadtbild verschwinden oder durch Räumung. Für uns kommt natürlich keine der beiden „Lösungen" in Frage. Niemand kann von uns ernsthaft erwarten, daß wir dieses Haus, in dem wir zum Teil seit Anfang der Besetzung leben und das wir mit Unterstützung vieler FreundInnen zu dem gemacht haben, was es jetzt ist, so „mir nichts - dir nichts" aufgeben. Genausowenig werden wir eine Räumung widerstandslos hinnehmen. Zu vieles ist hier gemeinsam erlebt worden. Für uns und alle, denen die Steffi wichtig ist, muß das jetzt bedeuten, sich mit allen Mitteln für den Erhalt der Häuser einzusetzen. Nur mit öffentlichem Druck und einer breiten, erkennbaren Solidarität können wir die Anerkennung der Steffi als selbstverwaltetes Zentrum durchsetzen. Zeigen wir der Stadt und der Stadtmission, daß wir viele sind, die sich für die Steffi einsetzen.

[*Anmerkung der Sabotage-Redaktion: Zu diesem Zweck hat nun am 16.09.95 vom Europaplatz aus eine bunte, kraftvolle Demo*

mit etwa 400 TeilnehmerInnen stattgefunden. Danach gab's dann Hoffest auf dem Steffi-Areal, und abends tanzten sich bei der lustigen Disco in der gemütlichen Haifischbar viele Leute die Luft aus der Lunge. Dieser "Solidaritätstag" für den Erhalt des besetzten Hauses in der Stephanienstraße kann also als erfolgreich bezeichnet werden. Einziger Minuspunkt waren wieder einmal die ganz in grün auftretenden HüterInnen von Gesetz und Ordnung. Sie begannen ihre völlig überzogene Machtdemonstration mit "Routinekontrollen" an Einfahrtstraßen, in deren Verlauf so gefährliche Gegenstände wie Halstücher beschlagnahmt werden konnten, und setzten sie dann während der Demo mit Bullen-Spalier, stumpfen Provoaktionen und dem unverhältnismäßigen Auffahren diverser Robocop-Einheiten fort. Es wäre schön, wenn wir davon ausgehen könnten, daß sie das alles aus Furcht vor unserer Gewaltbereitschaft machen; aber - wie gesagt - hier muß eher davon ausgegangen werden, daß die von Kapitalinteressen abhängigen Herrschenden der Stadt Karlsruhe im Verbund mit exekutiven Marionetten machtvoll ihre Fähigkeit unter Beweis stellen wollten, jederzeit ein besetztes Haus räumen zu können ...]

Nicht betteln und bitten, nur mutig gestritten!

Rücknahme des Räumungstitels und der Kündigung

Anerkennung der Steffi als selbstverwaltetes Zentrum

Die Stadtmission soll mit der Stadt über ein Ersatzobjekt für ihr Altenheim verhandeln

Schluß mit der Bespitzelung und Ausforschung unserer Zusammenhänge durch Verfassungsschutz und Staatsschutz

Piercing - aber sicher!

**Bauchnabel, Augenbrauen,
Lippe, Zunge, Brust, Nase u.v.m.**

**große Schmuckauswahl,
auch für Nasen**

**Schmucknarben
(Brandings)**

ARS SUBCUTAN GbR
Alphornstr. 41
68169 Mannheim
Tel. 0621 - 3189183

Mi	13 - 18:30 Uhr
Do	13 - 20:30 Uhr
Fr	13 - 18:30 Uhr
Sa	10.30 - 14/16 Uhr

Uns kriegt Ihr nicht!

Moin, wir sind eine von drei Darmstädter Wagenburgen. Auf unserem Platz, nach der russischen Hexe *Baba-Jaga* benannt, leben z. Zt. 17 Menschen mit 4 Hunden mitten im Grünen im Darmstädter Stadtteil Kranichstein. Es begab sich so ziemlich genau vor einem Jahr als eine kleine Gruppe von Leuten, neben den beiden bestehenden Wagenburgen, *Klabauta* und *Diogenes*, beschlossen eine dritte Burg ins Leben zu rufen. Also wurde kurzerhand ein freies Gelände besetzt, was der Stadt, der die beiden anderen Plätze schon ein Dorn im Auge des Gesetzes waren, überhaupt nicht paßte. So ließen die Stadtfuzzis auch anfänglich erstmal nicht mit sich reden. Aber eine gewaltsame Räumung mit den schon bereitstehenden Räumungs- und Abschleppfahrzeugen konnte dank der breiten Unterstützung von Leuten und Plätzen aus der Umgebung erstmal verhindert werden (Dank noch mal an alle, die dabei waren). Nach tagelangen Verhandlungen und Streitereien über Gesetze, Vorschriften, Bestimmungen und sonstigem Geblubber mit den „Zuständigen" der Stadt konnte mensch sich mit den eben genannten auf ein Ausweichgrundstück, dem ehemaligen Schlepperprüffeld einigen. Dort leben wir wie gesagt seit gut einem Jahr und wurden bis auf unzählige kurze Besuche der Damen und Herren vom Ordnungsamt, welche Wägen, Hunde und Menschen zählen und dann zufrieden wieder abziehen, in Ruhe gelassen. Doch seit kurzem holt der Magistrat der Stadt Darmstadt gemeinsam mit der neuen Liegenschaftsdezernentin zum Rundumschlag gegen die Wagenplätze aus. Frau *Diekmann*, SPD, meinte in Gesprächen, sie könne diese Anarchie nicht dulden und im Wagen zu leben, sei kein Leben. Diese Menschen sollten sich doch gefälligst bei den zuständigen Ämtern (Wohnungsamt und Sozialamt) wohnungssuchend oder obdachlos melden und wieder auf der braven Bürgerschiene mitfahren (schließlich ist für jede und jeden noch Platz der Warteliste der Wohnungssuchenden). Abgesehen von den Problemen der Wohnungsnot, oder auch der vorgetäuschten Wohnungsnot, wie wir schon vorgeworfen bekamen, wollen es diese Paragraphen- und Gesetzesköpfe einfach nicht raffen, daß es Menschen gibt, die eigenverantwortlich und ein Stück weit naturverbundener leben wollen, die kein Bock drauf haben, jeden Tag unnötige Liter Wasser zu vergeuden, oder sich anhören zu müssen, daß ein Kompostklo keine ordentliche Sanitäranlage sei. Mag ja auch sein, in deren Augen - na Und? Ist das nicht unser „Problem" ? Wer hat das Recht anderen Menschen vorzuschreiben, wie sie zu leben haben. Gewisse Menschen nehmen sich dieses Recht und sitzen am längeren Hebel, ***was aber nicht heißt, daß wir uns das alles gefallen lassen***. Uns, den Leuten von der Baba-Jaga flatterte vor kurzem der Räumunsbescheid für den 15.9.95 ins Haus bzw. in den Wagen. Natürlich hat niemand seinen bzw. ihren Wagen bis zu diesem Termin vom Platz gezogen. Einen solchen Bescheid haben jetzt auch die Menschen von der Diogenes bekommen. Und der Wagen-

platz Klabauta hat schon seit längerem Ärger mit der Stadt, weil sie nicht nach deren Pfeife tanzen, sondern nach der eigenen, deshalb mußten sie schon mehrere Gerichtstermine und Umzüge durchstehen. Seit einigen Wochen treffen wir uns nun zu großen Plena, auf denen sich Menschen von allen Darmstädter Burgen gemeinsam Gedanken machen über Möglichkeiten der Verhandlungen mit der Stadt, über das „Was tun, wenn die AmokläuferInnen ihren Räumungswahn durchziehen", und über Möglichkeiten, die darmstädter Bürger- und Bürgerinnen durch Theater, Infostände, Postkartenaktionen und Flugblätter über unsere Lage zu informieren und sich mit uns zu solidarisieren. Die Wagenburgen gibt es schon länger in Darmstadt (fossile Funde in der Stadtmitte beweisen ...) und damit auch schon länger unser Streß mit der Stadt. Doch noch gibt es uns, und das auch noch länger. Zusammen sind wir wohl über 50 Menschen. Gezählt hat uns außer dem Ordnungsamt noch niemand. Und wir werden auch nicht einfach so von der Bildfläche verschwinden. Wir wollen weiter in der Gemeinschaft leben wie wir es wollen, unsere Wagenplätze aktiv gestalten, Wägen ausbauen, zusammen am Feuer sitzen, Musik machen und Spaß am Leben haben.

Friede den Wägen!!!
Krieg den Palästen!!!

Klare Worte in einer unklaren Zeit

ANTIFASCHISTISCHE AKTION

Macht weiter so
wenn's euch gefällt
zerstört das Leben
knechtet die Welt
vergeßt eure Würde
macht Dummheit zur Pflicht
nur merkt euch eins
MICH KRIEGT IHR NICHT!

Pfeift auf Freiheit
mauert euch ein
verschließt eure Herzen
laßt niemand herein
gehorcht euren Herren
ihr Wort hat Gewicht
nur merkt euch eins
MICH KRIEGT IHR NICHT!

Verkauft eure Zukunft
umarmt euch wenn's knallt
gewöhnt eure Kinder
schon früh an Gewalt
freut euch der Tränen
in meinem Gesicht
nur merkt euch eins
MICH KRIEGT IHR NICHT!

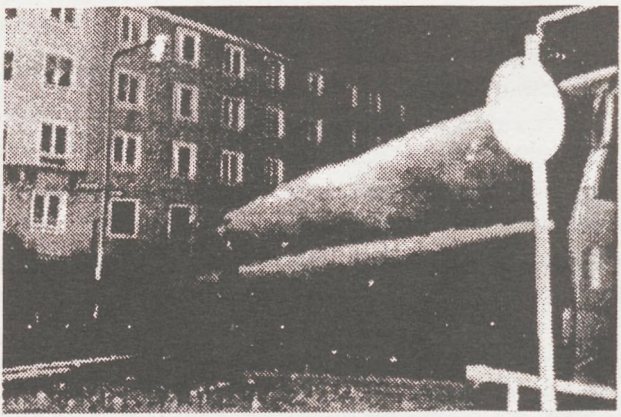
Thomas Paluttke

Zur Erinnerung

Am 28.09.1985 trafen sich NPD-FaschistInnen im Bürgerhaus *Gallus* in Frankfurt. Etwa 100 AntifaschistInnen, die sich zu einer Gegendemonstration zusammengefunden hatten, versuchten, dieses Treffen zu verhindern. Die Einsatzleitung der Polizei und die Verantwortlichen der Stadt drückten ihre Sympathie für die FaschistInnen eindeutig aus, indem sie mit mit Hundertschaften und Wasserwerfern die protestierenden AntifaschistInnen angriffen. Es war nicht nur der Befehl, der die PolizistInnen handeln ließ. Ganz offensichtlich war es auch persönlicher Haß auf diejenigen, die schon vor 10 Jahren den FaschistInnen keinen Fußbreit lassen wollten. Jedenfalls haben sie sich dann einen der antifaschistischen Demonstranten - Günter Saré - ausgesucht, gejagt und mit einem zum Mordwerkzeug umfunktionierten Wasserwerfer getötet, indem sie ihn gezielt überfahren haben. Obwohl der damalige CDU-Oberbürgermeister Wallmann daraufhin ein Demonstrationsverbot über die ganze Stadt verhängte, konnte in der Nacht, in der Günter an den Folgen seiner schweren Verletzungen starb, ein Anschlag auf eine Daimler-Benz-Niederlassung in der Kriegkstraße durchgeführt werden. In den Tagen danach gab es unter den Parolen „Trauer und Wut in Widerstand verwandeln" und „Für die Reichen gehen sie über Leichen" mehrere militante Demonstrationen.

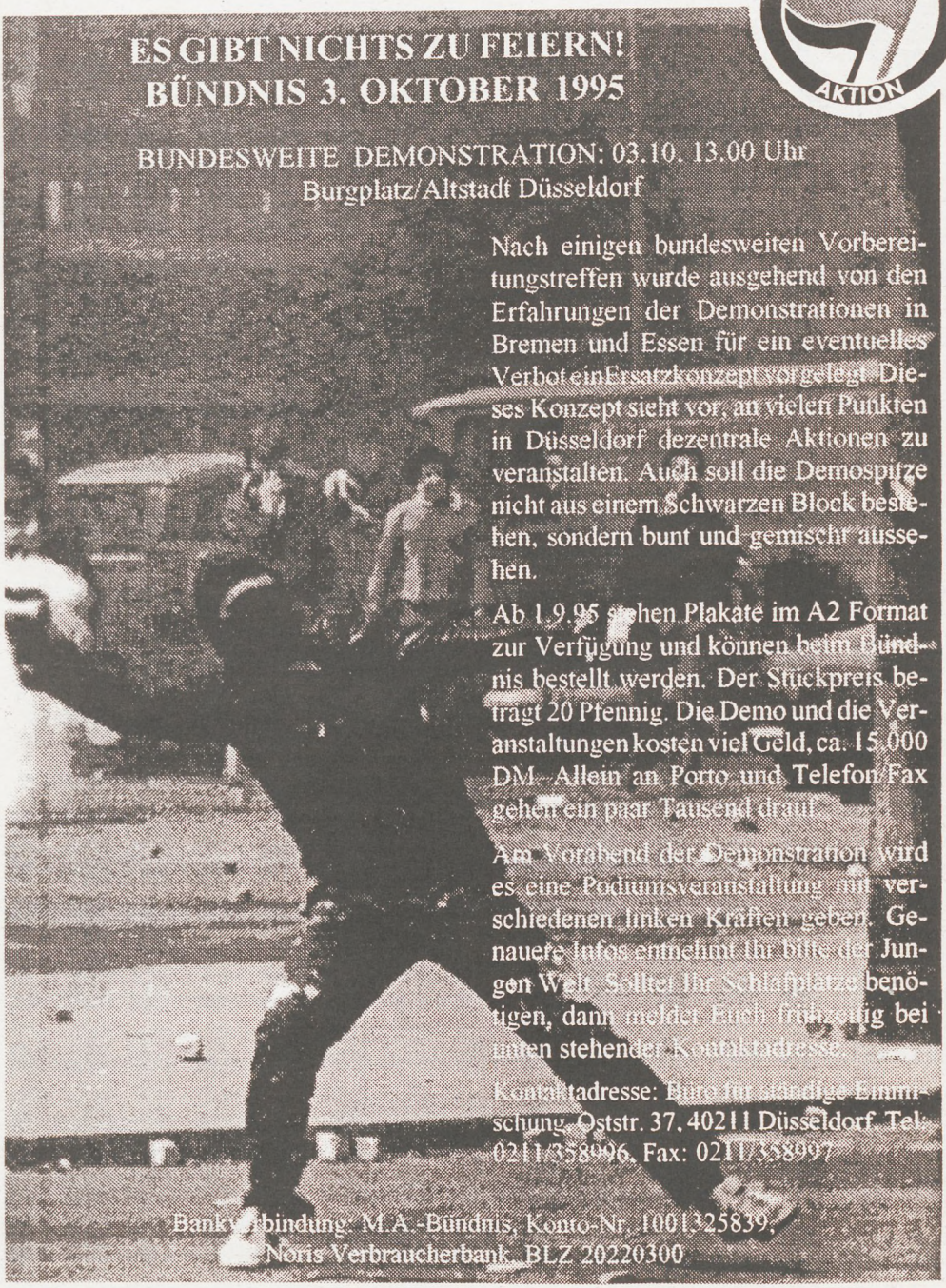
Günter Saré war nicht der erste Genosse, der dem staatlichen Polizeiterror zum Opfer fiel. Er steht repräsentativ für alle Menschen, die im Kampf gegen die herrschenden Verhältnisse bei Demos, Razzien, Hungerstreiks, Aktionen oder in Knästen umgebracht wurden von denen, die dieses System organisierter Unmenschlichkeit mit allen ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln verteidigen.

Um nicht nur darauf aufmerksam zu machen, daß Günter weiterhin Teil unseres Gedächtnisses ist, sondern auch darauf, daß sich an der Normalität des BRD-Polizeistaates, der Tote einkalkuliert, nicht das Geringste geändert hat, hat am 30.09.1995 - leider weit nach Redaktionsschluß - eine Demonstration und Kundgebung in Frankfurt statt gefunden. Wir hoffen, daß dabei unser Wille, den Kampf gegen dieses unterdrückerische System mit unverminderter Härte fortzusetzen, zum Ausdruck gekommen ist.



Am 28.9.85 wurde Günter Sare von einem Wasserwerfer überfahren und getötet (Originalfoto)

Nichts wird vergessen!
Unsere Wut ist groß, unser Gedächtnis lang!
Zum 10. Todestag Günter Sarés die Normalität des Polizeistaates angreifen!



ES GIBT NICHTS ZU FEIERN!
BÜNDNIS 3. OKTOBER 1995

BUNDESWEITE DEMONSTRATION: 03.10. 13.00 Uhr
Burgplatz/Altstadt Düsseldorf

Nach einigen bundesweiten Vorbereitungstreffen wurde ausgehend von den Erfahrungen der Demonstrationen in Bremen und Essen für ein eventuelles Verbot ein Ersatzkonzept vorgelegt. Dieses Konzept sieht vor, an vielen Punkten in Düsseldorf dezentrale Aktionen zu veranstalten. Auch soll die Demospitze nicht aus einem Schwarzen Block bestehen, sondern bunt und gemischt aussehen.

Ab 1.9.95 stehen Plakate im A2 Format zur Verfügung und können beim Bündnis bestellt werden. Der Stückpreis beträgt 20 Pfennig. Die Demo und die Veranstaltungen kosten viel Geld, ca. 15.000 DM. Allein an Porto und Telefon/Fax gehen ein paar Tausend drauf.

Am Vorabend der Demonstration wird es eine Podiumsveranstaltung mit verschiedenen linken Kräften geben. Genauere Infos entnehmt Ihr bitte der Jungen Welt. Sollten Ihr Schlafplätze benötigen, dann meldet Euch frühzeitig bei unten stehender Kontaktadresse.

Kontaktadresse: Büro für ständige Einmischung, Oststr. 37, 40211 Düsseldorf, Tel.: 0211/358996, Fax: 0211/358997

Bankverbindung: M.A.-Bündnis, Konto-Nr. 1001325839, Noris Verbraucherbank, BLZ 20220300

Fr, 06.10.: **Soli-Disco** im AZ Heidelberg **für Mumia Abu-Jamal und die Antifa**

Musik: Hardcore, Crossover, Hiphop und Punk, also "alles was Krach und Spaß macht"!
Eintritt 3,- Mack
Beginn 21.00 Uhr

Sa, 07.10.: Konzert im AZ Heidelberg mit **SPRINGFOOT JACK** und **LEMON8**

Endlich ist es soweit, das erste Konzert im AZ nach der Sommerpause! Den Anfang machen Springfoot Jack aus England. Das Quartett aus dem Londoner Underground macht keinen Reggae, keinen Funk, keinen Ska und keinen 70er-Jahre Psychedelic-Rock. Doch Elemente von allem werden von Springfoot Jack zu einem unwiderstehlichen und mitreißenden Groove vereint! Dementsprechend weitgefächert auch die Liste derer, die ihre Musik stilistisch beeinflußten: Ian Dury, Frank Zappa, Pink Floyd, Funkadelic ... . Auftritte von Springfoot Jack können mitunter zu exzessiven Parties ausarten, Londoner Charme, "a good sense of humor" und ein Schuß Comedy tun ein übriges, daß selbst das drögste Volk mitgroovt - auf großen britischen Festivals oder in kleinen Clubs in der BRD!
Als zweite Band sind an diesem Abend Lemon8 aus Darmstadt zu sehen. Sie spielen ein musikalisches Substrat aus Reggae, Ska und Hiphop. Mit dieser Mischung wußten sie schon bei ihrem ersten Gig im AZ vor einem Jahr zu begeistern.
Eintritt nach Tarif: 6,- Mack vor 21.00 Uhr, danach dann 8,-
Beginn 20.30 Uhr

So., 08.10.: **Antifa-Café** im AZ Heidelberg mit Quiz:
HEREINSPAZIERT!

Nach der Sommerpause ist nun wieder Quiz angesagt. Eigentlich alles beim Alten, außer daß das Quiz jetzt sonntags im Rahmen des Antifa-Cafés und evtl. sogar monatlich stattfinden wird. Außerdem wurde ein professioneller Berater zur Preisbeschaffung engagiert, um die Qualität und Originalität derselben endlich entscheidend zu steigern. Aber eigentlich kommt ja wohl sowieso niemand, um *fette* Preise abzustauben. Ruhm und Ehre sollten wohl Motivation genug sein. Angeblich sollen sogar manche *Spaß* an der Sache haben. Für diejenigen unter euch, die noch nicht zur lieben Stammgemeinde zählen, nochmal kurz:

- alle TeilnehmerInnen versammeln sich in Grüppchen mit höchstens 8 Personen um die Tische im Café; pro Person wird eine deutsche Mark bei der Quizleitung abgeliefert
- dann werden von ebendieser (Quizleitung natürlich) Fragen zu diversen Themen gestellt, die Ihr möglichst richtig zu beantworten habt.

Eigentlich ziemlich simpel das Ganze. Übrigens hat das Pub-Quiz in der Jägerslust angeblich seinen Betrieb eingestellt, was angesichts der übermächtigen Konkurrenz unsererseits nicht weiter verwunderlich wäre (ähem..).

Aldi

Beginn 20.30 Uhr

So, 22.10.: **Antifa-Café** im AZ Heidelberg

Infoveranstaltung zu den bevorstehenden Prozessen gegen Neo-Nazis, die im Januar

1993 eine türkische Snackbar in Eppelheim überfallen hatten.
Beginn 19.30 Uhr

Fr, 27.10.: Konzert im AZ Heidelberg mit KURORT und THOSE WHO SURVIVED THE PLAGUE

Ein vielversprechender Abend bahnt sich heute im AZ an! Kurort dürften wohl von ihrem bisherigen Auftritten im AZ und näherer Umgebung hinlänglich bekannt sein. Hardcore der härteren Gangart! Those who survived the plague präsentieren sich diesmal in einem leicht abgewandelten line-up, da leider Sängerin Astrid nicht mehr dabei ist. Musikalisch sind sie dennoch einer der besseren Acts im europäischen HC-Bereich. gebündelte Unruhe und Texte, die sich gegen alles richten, was einem das Leben vermiesen kann. Beide Bands kommen aus Österreich und kennen sich ziemlich gut, was dem Abend eine besondere Note verleihen wird!
Eintritt nach Tarif
Beginn 20.30 Uhr

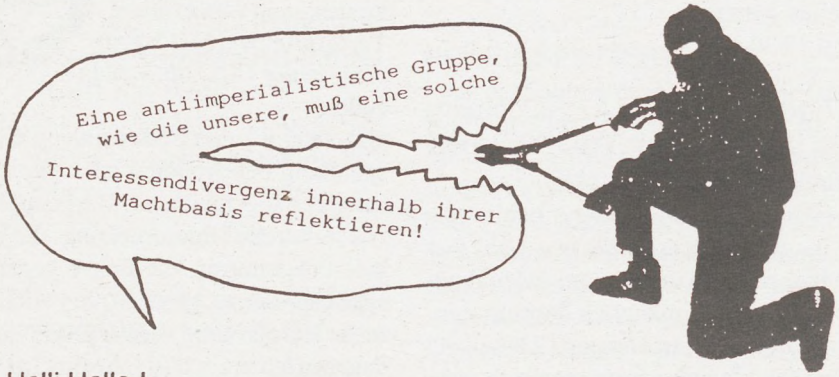
So, 29.10.: Antifa- Café im AZ Heidelberg

Die Geschichte der Unterdrückung und des Widerstands im Baskenland

Angesichts der aufsehenerregenden Entwicklungen in Kurdistan, Nordirland und Mexiko gerieten die Kämpfe der baskischen NationalistInnen und ArbeiterInnen in der deutschen Linken etwas in Vergessenheit. Auch in den bürgerlichen Medien finden die Ereignisse im Baskenland nur noch selten Erwähnung. Lediglich die letzten Enthüllungen über die Verbindungen zwischen der „ sozialistischen" Regierungspartei PSOE und der staatlich finanzierten, anti- baskischen Terrorgruppe GAL sorgten auch in der BRD für Schlagzeilen.
Dabei kann keine Rede sein von einer Entspannung der Situation oder gar einer Lösung des sogenannten „ Baskenproblems". Die kulturelle Unterdrückung, der skrupellose Polizeiterror, die Folter gegen politische Gefangene, genauso aber auch der tief in der Bevölkerung verwurzelte Widerstand dagegen leben auch 18 Jahre nach dem Ende des Franquismus und 13 Jahre nach der Regierungsübernahme der PSOE in beinahe unverminderter Härte fort.
Um dieses Thema wieder einmal ins Gedächtnis zu rufen, bzw. an diejenigen unter euch heranzutragen, die sich noch nie damit beschäftigt haben, wollen wir mit diesem Vortrag versuchen, die äußerst komplexe und widerspruchsvolle Geschichte des Kampfes der BaskInnen um Selbstbestimmung und Sozialismus darzustellen.
Dies soll auch als Grundlage für zumindest eine weitere Veranstaltung dienen, in der wir einzelne Gesichtspunkte des Kampfes und der Unterdrückung in der heutigen Zeit behandeln wollen.
Evtl. wird auch ein Film zu sehen sein.
Veranstaltet vom ANTIFA- INFOLADEN (AIL) HD
Beginn: 19.30 Uhr

Das **ANTIFA-INFOTELEFON-GARFIELD** bietet lokale Antifa-Nachrichten aus dem Rhein-Neckar-Raum unter **0 62 72 / 35 59**

Der Bolzenschneider



Halli Hallo !

Da isser wieder, der Bolzenschneider; einiges an Staub aufgewirbelt und beinah in der Kritik erstickt. Zu platt ? Zu schlecht? Und überhaupt PC? Nun, wer Kritik verteilt, muß solche auch selbst ertragen können, haben wir uns gedacht. Anscheinend haben ja einige unsere Vorstellung recht ernst genommen.

Und diesmal wollen wir ma heftig auftragen, indem wir uns fragen, ob mensch die PKK so kritiklos dastehenlassen soll, oder ob an ihrem Stem doch`n bißchen gefeilt werden kann und wie gut verdaulich 200%Intelligenz in `nem Flugi oder in `ner Broschüre sind.

Wir haben uns, nachdem der Bolzenschneider förmlich zerrissen wurde (Anmerkung: Es gab auch Leute, denen er gefallen hat!), einen Kopf (mit viel Schütteln) um die Sprach- und Schreibweise der „linken Szene" gemacht. Dabei mußten wir leider feststellen, daß es tatsächlich Menschen gibt, die denken, daß ein „richtiges, korrektes, aussagekräftiges..." Flugblatt oder Artikel mit Fremdwörtern zugeballert sein muß, und kein Funken Spaß drin vorkommen darf. (Politik ist ja schließlich eine ernsthafte Sache!)

Es wurde z.B. gesagt, daß es schlecht wäre, wenn Leute dies lesen, die mit Politik nicht so viel zu tun hätten. Sie wären gleich abgeschreckt und so. Meint ihr nicht, daß diese Leute viel eher von Artikeln abgeschreckt werden, die sie nur kapieren, wenn sie das Fremdwörterbuch „Politik Marke Extraschlau" nebendran liegen haben? Trocken, und Du verstehst meist nur die Hälfte, wenn Du Dich nicht mit dem Zeug auseinander gesetzt hast.

Denkt ihr nicht, daß es auch Leute gibt, die gern etwas dabei lächeln, wenn sie Politisches lesen (lächeln, nicht auslachen und meinen mensch steht über sowas „Plattem"!).
Das ist zu platt! Das ist mir zu platt! Platt, ohne Aussage! (Tut uns leid, es war nur die Einleitung, kommt nie wieder vor!) Uns kommt das Kotzen von den ganzen super Intellektuellen, die ein total korrektes Politikverständnis haben, zehntausend Bücher gewälzt und allen, die nicht so ganz fit sind oder sich nicht mit den selben Worten ausdrücken können oder wollen als IdiotInnen abstempeln. (Ihr seid nichts als linke Spießer...)
Sagt mal, wen ihr erreichen wollt! Spießige Bürger, die`s so abschrecken kann, kriegen dieses Blatt sowieso nicht in die Finger.
Das gibt`s doch eigentlich garnicht, daß einige über den Artikel „Wenn sich vor Wasserwerfern hunderte von Fäusten ballen..."(siehe Sabotage 9/95) herziehen und sogar den Comic mit den tanzenden Pflastersteinen platt finden (Wir haben gelacht!), aber selbst garantiert dabei sind, wenn`s mal irgendwo kracht und die Bullen eins auf`n Deckel kriegen.Grüße (wenn`s nötig ist auch solidarische) an dieser Stelle an die Chaoten GmbH & K.O. KG.

Hoffentlich langen sich alle KritikerInnen mal an den Kopf und denken nochmal d`rüber nach, ob es soo verkehrt, platt und politisch falsch, bla, bla ist, politische Flugis mit Spaß, Witzen, lockerer und verständlicher (!) Schreibweise zu machen.

Wir machen weiter!

Noch eine kleine Anmerkung: Schade eigentlich, daß sich unter so vielen Leuten, die ja soo top konspi sind, ganz schnell verbreitet, wer die vermeintlichen VerfasserInnen dieses Flugblatts sind. Das kann nämlich ganz schnell ganz blöd für diese werden.

Und nun zum anderen Thema:

Leute Leute, was mußten unsere armen Augen da letzten Monat wieder lesen:
Der "*Zionismus sei eine Weltmacht, eine geheime herrschende Macht*", die unter anderem "*auch beim Zusammenbruch des realen Sozialismus*" eine "*maßgebliche Rolle*" gespielt habe. Außerdem sei der Gründer der türkischen Republik, Mustafa Kemal Pascha (Atatürk), höchstwahrscheinlich "*ein vom Judentum Konvertierter*" gewesen.
So zumindest zitiert der Spiegel vom 4.9. die PKK-nahe Zeitung Yeni Politika. Des weiteren soll Abdullah Öcalan, der in Syrien lebende Kopf der PKK, erklärt haben, Israel schmiede "*in Bezug auf die Kurden strategische Pläne*". So verfolge der jüdische Staat das Ziel, "*die Entwicklung in den kurdischen Gebieten unter eigene Kontrolle zu*

bringen". Der türkische Krieg gegen die Kurden , so Öcalan, werde "*mit geheimer Unterstützung Israels*" geführt.
Das ist nicht das erste mal, daß PKK-nahe Zeitungen solche dumpf antisemitische Hetze verbreiten. Bereits im August letzten Jahres veröffentlichte die prokurdische türkische Tageszeitung Özgür Ülke ähnlichen Schwachsinn. So ist in einem Beitrag unter der Überschrift "Der Spezialkrieg und das Judentum" z.B. zu lesen "*Mustafa Kemal Atatürk ist ein Jude aus Saloniki, der mit dem Türkentum nicht viel zu tun hat. Es ist ganz offensichtlich, da er mit seinen Eigenschaften kein Türke sein kann*", "*Der Kemalismus (#), selbst die Türkische Republik drücken sich als Randerscheinung dieser Riesenmacht* (des Zionismus) *aus. Aus diesem Grund ist er eine Macht, die auf der Welt am meisten entlarvt werden muß. In Wirklichkeit stehen das türkische spezielle Kriegssystem, heutzutage der Kemalismus, unter dem weltweiten zionistisch-imperialistischen Schutz.Es ist bekannt, daß die Freimaurer, Juden und der Zionismus weltweit sehr konspirativ arbeiten. Denn sie beuten sie Welt aus, sie spielen mit der Welt. Der weltweite Zionismus zwingt die Menschen, sich der Ausbeutung zu unterwerfen, indem er die Völker beschmutzt, sie zum Sittenfall verführt...*" Dieser Artikel wurde im Interim vom Dezember 1994 veröffentlicht und als "original faschistische Hetze" kritisiert. Nach einigen weiteren antisemitischen Artikeln in Özgür Ülke forderte die "junge Welt" die Zeitung und deutsche Kurdistan-Solidaritätsgruppen zu einer Stellungnahme auf. Hat eineR von euch eine solche Stellungnahme gesehen? Wir nicht!
Wir denken aber, wir sollten uns eindringlich mit diesem Problem befassen. Teilen wir die Auffassung, daß der Zionismus nicht eine im 19ten Jahrhundert entstandene Bewegung zur Ansiedlung der besonders in Polen und Rußland verfolgten Juden im, nach biblischer Auffassung, "Land der Väter" ist, sondern wohl doch eher das perfekteste und bösartigste Ausbeutungs- und Unterdrückungssytem unserer Zeit, wie uns Öcalan glauben lassen will? Ich hoffe nicht, daß trotz eines als Antizionismus getarnten latenten Antisemitismus, der in weite Teile der deutschen Linken reicht, diese Auffassung einiger, wohl hoffentlich nicht aller, PKK-AnhängerInnen innerhalb der deutschen Linken auf Zustimmung trifft.
Nun scheint aber auch der PKK ein Abdriften ins völkisch-antisemitische bevorzustehen, wie es schon bei einigen anderen revolutionären Befreiungsbewegungen der Fall war. Wir sollten uns mit diesem Problem intensiv auseinandersetzten, da wir und hoffentlich auch noch einige andere GenossInnen keine Lust haben, uns weiterhin mit solch primitivst antisemitisch-völkischer Hetze verbreitenden Menschen weiter in einer Demo einzureihen. Bisher hatte wir den Eindruck, die PKK wäre die letzte noch kämpfende revolutionäre Bewegung, die noch nicht diese religiös fundamentalistischen Tendenzen aufweist, wie es zum Beispiel in Algerien der Fall ist. Unserer Meinung nach ist für solche von der

"Weltmacht Zionismus" geifernden Menschen kein Platz innerhalb der Linken.
Vielleicht kommt ja dieses Mal eine Stellungnahme der kurdischen Organisationen. Vielleicht sind diese Artikel ja auch kein repräsentatives Abbild der kämpfenden KurdInnen sondern nur die Verbalorgasmen einiger weniger.
Das bleibt zu hoffen, aber um das Bild wieder ins Reine zu rücken, sollten sich die KurdInnen in Deutschland damit auseinandersetzen und dazu Stellung nehmen.
FREIHEIT FÜR KURDISTAN !
STOP ALLER RÜSTUNGSEXPORTE IN DIE TÜRKEI!
aber auch
SCHLUß MIT DER ANTISEMITISCHEN HETZE IN KURDISCHEN ZEITUNGEN!

Kemalismus:
Der Kemalismus ist eine Legierung aus nationalistischen, etatistischen und populistischen Elementen. Kemal versuchte nach dem 1. Weltkrieg, an die Stelle des zerschlagenen "multikulturellen" osmanischen Reiches einen neuen Staat zu setzen, und diesen durch radikale Homogenisierung der Bevölkerung zu sichern. Die Einheit von Volk und Staat sollte zum einen durch das Verbot von Klassenorganisationen und Klassenkämpfen, durch die Leugnung von Klassengegensätzen, und durch die kulturelle Vereinheitlichung hergestellt werden: Türkisierung der islamischen Minderheiten. Nach dem Lausanner Abkommen von 1923, in dem die Aufteilung der von KurdInnen bewohnten Gebiete beschlossen worden war, wurde nur drei nicht-islamischen Minderheiten der Status nationaler, religiöser Minoritäten zuerkannt: den wenigen nach der Massenvertreibung übriggebliebenen Griechen, den wenigen Armeniern, die den Völkermord von 1915 überlebt hatten, und den Juden. Kurden gibt seit jener zeit in der Türkei offiziell überhaupt nicht, ihre Sprache wurde verboten, in einem Siedlungsgesetz von 1934 wurden genaue Vorgaben gemacht, in welchen Regionen und in welchen Dosierungen "zu türkisierende Bevölkerungsteile angesiedelt" werden. (Definierung Konkret 11/94)

Quellen:
Spiegel Nr. 36/1995
Konkret 3/95
Konkret 11/94
Interim Dezember ´94

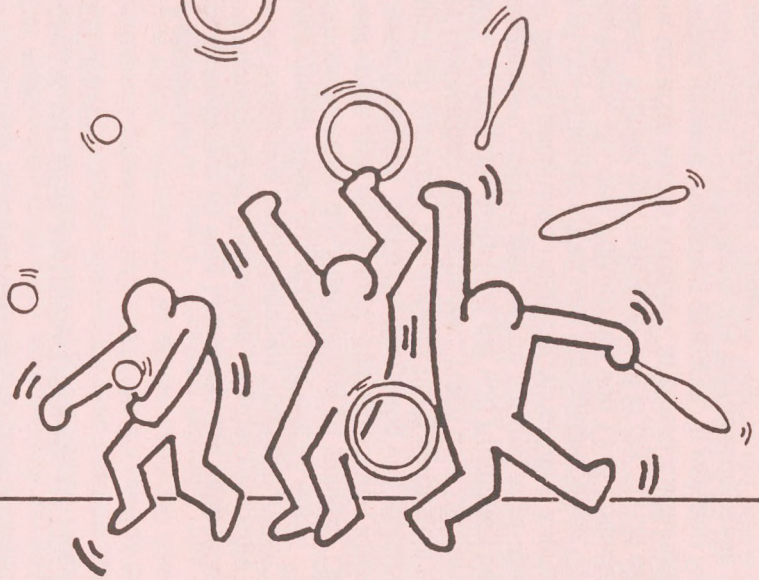
So, und jetzt freßt dat mal, und viel Spaß beim Zerpflücken ! XXX

NIMM DREI!

LADENGESCHÄFTE:

DREIKÖNIGSTR. 25
D-69117 HEIDELBERG
TELEFON 0 62 21 - 1 21 99
TELEFAX 0 62 21-18 36 56

BAHNHOFSTR. 33
D-74072 HEILBRONN
TELEFON 0 71 31-8 96 00



BÜRO / VERSAND:

ALTROTTSTR. 44
D-69190 WALLDORF
TELEFON 0 62 27-48 72
TELEFAX 0 62 27-47 74

Keule &co

JONGLIERBEDARF • IDEEN • TRENDS